

Harald Baier

Die Bedeutung von Förderungen bei Betriebsansiedlungen von
Gewerbe und Industrie am Beispiel Kärnten

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

H O C H S C H U L E M I T T W E I D A (F H)

U N I V E R S I T Y O F A P P L I E D S C I E N C E S

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Seminargruppe BM06wBGA

Mittweida, 2010

Erstprüfer: Dr. Johannes N. Stelling

Zweitprüfer: Dr. Andreas Hollidt

Bibliographische Beschreibung:

Baier, Harald:

Die Bedeutung von Förderungen bei Betriebsansiedlungen von Gewerbe und Industrie am Beispiel Kärnten – 2010 – 57 Seiten.

Klagenfurt, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Bachelorarbeit, 2010

Referat:

Ziel dieser Arbeit ist die Einschätzung von Auswirkungen bestimmter Fördermaßnahmen auf die Zahl von Unternehmensgründungen/Betriebsansiedlungen. Dafür werden zunächst harte und weiche Standortfaktoren als Kriterium für eine Ansiedlung näher erläutert. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für öffentliche Förderungen mit Schwerpunkt Österreich, gefolgt von der Auswertung statistischen Zahlenmaterials zu Förderungen und Betriebsansiedlungen im Bundesland Kärnten.

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	II
Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	- 1 -
1.1. Problemstellung.....	- 1 -
1.2. Zielsetzung.....	- 1 -
1.3. Methodisches Vorgehen.....	- 2 -
2. Die Wahl des Standortes	- 3 -
2.1. Begriffliche Abgrenzungen	- 3 -
2.2. Harte Standortfaktoren.....	- 8 -
2.3. Weiche Standortfaktoren.....	- 15 -
3. Förderungen für Gewerbe und Industrie	- 22 -
3.1. Rechtliche Grundlagen.....	- 22 -
3.2. Förderstellen und deren Instrumente	- 30 -
3.3. Umsetzung der Fördertheorie in der Praxis.....	- 45 -
4. Die Wirkung von Förderungsmaßnahmen	- 47 -
4.1. Allgemeine Wirkungen	- 47 -
4.2. Bewertung der Fördermaßnahmen in Kärnten auf Basis von Betriebsansiedlungen.....	- 49 -
5. Schluss	- 56 -
Anhang	IV
Literaturverzeichnis	VI

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategorisierung von Unternehmen	25
Tabelle 2: Beihilfeintensität der AGVO	28
Tabelle 3: ERP-Zinssätze per 25.04.2010	37
Tabelle 4: Anschlussförderungen durch den KWF	40
Tabelle 5: Förderkalkulation	46
Tabelle 6: Statistische Kennzahlen zu den Förderjahren 2008 und 2009	52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kontinuum der harten und weichen Standortfaktoren.....	19
Abbildung 2: Standortfaktoren in den Phasen der Standortentscheidung	20
Abbildung 3: Förderinstitutionen Österreichs im Überblick	31
Abbildung 4: Verteilung der KWF-Förderbarwerte nach Geschäftsfeldern	38
Abbildung 5: Aufbau des Konjunkturpakts Kärnten	42
Abbildung 6: Zu- und abfließende Geldströme bei angesiedelten Unternehmen.....	48
Abbildung 7: Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich.....	50
Abbildung 8: Verteilung der Förderbarwerte 2009 nach Sektoren	54

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Afa	Absetzung für Abnutzung
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
Art.	Artikel
AWS	Austria Wirtschaftsservice GmbH
BAS	Betriebsansiedlung(en)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
d.h.	das heißt
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ERP	European Recovery Program
EU	Europäische Union
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
KMU	Kleine und Mittlere Unternehmen
KWF	Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds
LGBl.	Landesgesetzblatt
Mio	Million(en)
Nr.	Nummer
ÖHT	Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H.
p.a.	per anno
SV	Sozialversicherung
u.a.	und andere
u.a.m.	und andere mehr
u.v.m.	und vieles mehr
überreg.	überregional
VAEU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
zB	zum Beispiel

1. Einleitung

1.1. Problemstellung

Die Wahl des Standortes spielt bei jeder Betriebsansiedlung, egal ob Neugründung oder Zweigniederlassung eines bestehenden Unternehmens, eine entscheidende Rolle. Für Unternehmen in der Marktwirtschaft ist in der Regel das erwerbswirtschaftliche Prinzip von besonderer Bedeutung.¹ Geachtet wird dabei vor allem auf Kostenverhältnisse und Absatzmöglichkeiten. Bei Unternehmen im Bereich Gewerbe und Industrie ist schon bei Herstellung der Produktionsvoraussetzungen der Kapitaleinsatz sehr hoch und damit die langfristige Auswirkung dieser Entscheidungen erkennbar. Es sind Gebäude zu errichten oder zu adaptieren, Maschinen für die Produktion zu erwerben, Umweltauflagen zu erfüllen u.v.m, weshalb sich generell die Frage nach monetären Förderungen stellt. Dies einerseits, um unternehmensintern die Finanzierung solcher Investitionen zu erleichtern, andererseits aber auch um den Anreiz zu schaffen, dass sich Unternehmen in bestimmten Regionen niederlassen, die auf Grund ihrer Struktur (Zahl der Erwerbstätigen, Absatzmöglichkeiten, Infrastruktur, etc.) ohne öffentliche Fördermittel nur schwer zu arbeitsplatzschaffenden, neuen Betrieben kommen würden.

1.2. Zielsetzung

Ziel dieser Arbeit ist, die wesentlichen Standortfaktoren darzustellen und in weiterer Folge die Bedeutung von öffentlichen Förderungen bei Standortentscheidungen näher zu beleuchten.

Das Beispiel Kärnten wurde gewählt, weil der Verfasser aus beruflichen Gründen die Förderlandschaft sehr gut kennt und weil die Kärntner Gesetzgebung im Rahmen der weltweiten Konjunkturkrise die höchsten Förderquoten Österreichs durchgesetzt hat. Die Möglichkeiten, Förderungen in einem hohen Ausmaß zu erhalten, wurden zwar auch für bestehende Unternehmen geöffnet, dennoch sind die Ziele einer voraus-

¹ Vgl. Jacob, Herbert: Zur Standortwahl von Unternehmungen, 3. Auflage, 1976, S. 7

schauenden Wirtschafts- und Förderungspolitik langfristig zu sehen. Nicht umsonst werden beispielsweise die sogenannten Regionalförderungsgebiete immer für mehrere Jahre festgelegt. Vorausgesetzt also, diese hohen Förderquoten haben zum Zeitpunkt der Erhebungen des Verfassers ihren Zweck erfüllt, nämlich vor allem die Erhöhung der Attraktivität des Standortes Kärnten und die Schaffung von Arbeitsplätzen, sollte dies eigentlich in Statistiken bereits ihren Niederschlag finden und somit messbar sein. Diese Erkenntnisse lassen daher einen Rückschluss über die Bedeutung von Förderungen auf die Standortwahl zu, wohl mit der Einschränkung, dass der zweifelhafte Ausblick auf die künftige Wirtschaftsentwicklung vor allem zu Beginn des Jahres 2009 zu Stellenabbau geführt und somit das Errichten von Betriebsniederlassungen grundsätzlich nicht begünstigt hat. Es kann daher in diesem wirtschaftlichen Ausnahmejahr nicht die Entwicklung der Gesamtbeschäftigtenzahl herangezogen werden, sondern nur die geplante Beschäftigtenzahl im Rahmen von Betriebsansiedelungen im Vergleich zum Vorjahr mit deutlich niedrigeren Fördersätzen.

1.3. Methodisches Vorgehen

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Teile. Am Beginn werden die wesentlichen Kriterien für die Standortwahl aus der Betriebswirtschaftslehre dargestellt. Dies unter dem Aspekt, dass es neben Förderungen eine ganze Reihe von Kriterien gibt, die für eine Standortentscheidung wichtig sein können. Nachfolgend wird das System der Wirtschaftsförderung einer näheren Betrachtung unterzogen. Dabei ist das Verständnis über die rechtlichen Grundlagen, die zum Großteil von der Europäischen Union vorgegeben werden, Voraussetzung für die weiteren Ausführungen. Diese beinhalten die Erläuterung über die vom österreichischen Gesetzgeber geschaffenen Förderungsinstitutionen mit deren Förderinstrumenten. Im Anschluss folgt eine Bewertung der Kärntner Förderaktivitäten anhand der Analyse der Wirtschaftsstruktur. Es wird dabei auf öffentliche Statistiken über Arbeitsplätze, Betriebsansiedelungen und andere für die Zielsetzung dieser Arbeit bedeutende Merkmale zurückgegriffen.

2. Die Wahl des Standortes

Die Thematik der Betriebsansiedlung ist mit dem Begriff „Standortwahl“ untrennbar verbunden. Die Standortwahl von Unternehmen beschäftigt die Wissenschaft bereits seit vielen Jahren. Trotzdem gibt es keine einheitliche Meinung zur Systematisierung der Standortwahl. Von zu vielen Faktoren, wie einzelnen Wirtschaftszweigen und Betriebsformen, ist diese Entscheidung abhängig.

In diesem Kapitel werden daher mögliche Einflussfaktoren auf die Standortwahl näher erläutert. Zunächst sind begriffliche Abgrenzungen für die folgenden Ausführungen notwendig.

2.1. Begriffliche Abgrenzungen

Der Standortbegriff wird in der Literatur unterschiedlich weit gefasst:

Standort im engeren Sinn

Als Standort im engeren Sinn wird jener Ort definiert, „... an dem Potenzialfaktoren dauerhaft zum Vollzug des betrieblichen Leistungsprozesses eingesetzt werden.“²

Bei einer engen Auslegung handelt es sich um einen „Ort“ oder „geografischen Punkt“. Die Wechselbeziehungen zur Umwelt rücken dabei in den Hintergrund.³

Standort im weiteren Sinn

Andere Autoren fassen den Standortbegriff weiter. Es erfolgt die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verbindungen einer betrieblichen Leistungsstätte zu seiner relevanten Umwelt, also beispielsweise zu Konkurrenz, Verkehrslage, Nachfragestruktur.⁴

² Höweling, Edmund: Die betriebliche Standortverlagerung – Struktur und Prozess, Zürich 1976, S. 27

³ Vgl. Wotzka, Paul: Standortwahl im Einzelhandel, Hamburg 1970, S. 79

⁴ Vgl. Bienert, Michael Leonhard: Standortmanagement – Methoden und Konzepte für Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Wiesbaden 1996, S. 12

Freier oder gebundener Standort

Die Einflussnahme von wirtschaftlichen (minimale Kosten bzw. maximale Erlöse) oder außerwirtschaftlichen (politischen, militärischen und sozialen) Zusammenhängen auf die Standortwahl wird berücksichtigt.⁵

Mikro- und Makrostandort

Während der Mikrostandortbegriff den Standort mit seinen Eigenschaften erfasst (zB Eignung von Grundstücken, Arbeitskräften, Verkehrsanbindung), wird beim Makrostandort die großräumige Standortsituation mit geografisch-strukturellen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben (zB Marktpotenzial, Marktentwicklung) berücksichtigt.⁶

Innerbetrieblicher Standort

Darunter versteht man die räumliche Anordnung von einzelnen Betriebsteilen wie Maschinen, Verkaufsflächen, Lager etc. innerhalb eines Unternehmens. Er wird auch als Layout bezeichnet.⁷

Für die Themenstellung der Arbeit wird aber folgende Definition als passend angesehen:

„Als Standort eines Unternehmens sei [...] der geografische Ort bezeichnet, an dem das Unternehmen produziert, oder – allgemeiner ausgedrückt – seine Leistung erstellt.“⁸

⁵ Vgl. Heinen, Edmund: Industriebetriebsbetriebslehre – Entscheidungen im Industriebetrieb, Wiesbaden 1991, S. 217

⁶ Vgl. Lüder/Küpper: Unternehmerische Standortplanung und regionale Wirtschaftsförderung. Eine empirische Analyse des Standortverhaltens industrieller Grossunternehmen, 1983, S. 130 ff.

⁷ Vgl. Domschke, Wolfgang/Drexel Andreas: Logistik, München 1996, S. 2

⁸ Jacob, Herbert: a.a.O., S. 7

Betriebsansiedlung

Betriebsansiedlungen sind auf Basis von meist vielen Standortinformationen Standortentscheidungen zu treffen. Man unterscheidet drei Formen von Betriebsansiedlungen:⁹

1. Existenzgründung

Eine Wirtschaftseinheit wird von Beginn an aufgebaut. Es muss mit großem Aufwand ein neues Unternehmen geschaffen werden, in der Regel ohne finanziellen Rückhalt zum Beispiel einer bereits operativ tätigen Muttergesellschaft. Zu Beginn sind dies meist Einbetriebunternehmen, d.h. es handelt sich um einen einzelnen Betrieb. Im Gegensatz dazu spricht man von Mehrbetriebunternehmen, wenn mindestens zwei örtlich getrennte Betriebe geführt werden.¹⁰

2. Unternehmensneuerrichtung

Darunter wird die Errichtung eines Tochterunternehmens und eines weiteren Unternehmenswerkes verstanden. Branchenkenntnisse und -erfahrungen liegen bereits vor und können vorteilhaft eingesetzt werden.

3. Unternehmensverlagerung

Darunter wird die Veränderung eines bestehenden Produktionsortes an einen anderen Standort verstanden. Die Standortwahl ist eine Entscheidung mit langfristigen Auswirkungen. Auch wenn alle Einflussfaktoren berücksichtigt wurden, besteht das Risiko, dass diese sich zum Nachteil für ein Unternehmen verändern können. Diese Veränderungen können dazu führen, den Standort verlagern zu müssen.

In den westeuropäischen Ländern ist die Standortverlagerung in den Osten gängige Praxis. Kriterien dafür sind häufig niedrigere Lohnkosten, niedrige Baukosten, geringe Herstellungskosten und Vorteile bei den Gewinnermittlungsvorschriften. Vor allem die Gewinnermittlungsvorschriften, auf die in den Ostländern zu-

⁹ Vgl. Cortrie, Sabrina: Weiche Standortfaktoren als Angelegenheit der kommunalen Wirtschaftsförderung, 2009, S. 18 f.

¹⁰ Vgl. Grabow, B./Henckel, D./Hollbach-Grömig, B.: Weiche Standortfaktoren, Stuttgart 1995, S. 141

nächst gesetzt wurde, werden sukzessive abgeschafft.¹¹

Generell kann sich die Verlagerung des Standortes nicht nur auf die Höhe der Kosten, sondern unter Umständen auch auf Absatzmengen und Verkaufspreise auswirken.

Standortentscheidungen müssen aber auch aus anderen Gründen getroffen werden:¹²

1. Kapazitätsbedarf: Die Ausweitung des Absatzes führt zu Engpässen in der Produktion und es werden häufig neue Produktlinien und Produktionstechniken notwendig, die unter Umständen auch einen neuen Standort notwendig machen.
2. Kapazitätsüberschüsse (Auslastungsdefizite): Hier macht der Rückgang des Absatzes möglicherweise einen neuen, kleineren Standort sinnvoll.
3. Standortunzulänglichkeiten: Diese können unterschiedlichster Natur sein, von Engpässen bei den betrieblichen Flächen bis hin zu Umweltauflagen.
4. Standortschließung: Lassen Veränderungen am Standort ein wirtschaftliches Betreiben des Unternehmens nicht mehr zu, kann letztlich auch die Schließung sinnvoll sein.

Um eine Standortentscheidung treffen zu können, ist die nähere Betrachtung der Standortfaktoren notwendig.

Der Begriff des Standortfaktors

Weber prägte 1909 als Erster den Begriff des Standortfaktors, den er als *„...einen seiner Art nach scharf abgegrenzten Vorteil versteht, der für seine wirtschaftliche Tätigkeit dann eintritt, wenn sie sich an einem bestimmten Ort oder generell an Plätzen bestimmter Art vollzieht.“*¹³

¹¹ Vgl. Merten, Hans-Lothar: Standortverlagerung – Durch Brückenschlag ins Ausland Steuern und Kosten sparen, 2004, 1. Auflage, S. 249

¹² Vgl. Lüder/Küpper: a.a.O., S. 138 ff.

¹³ Weber, Alfred: Über den Standort der Industrien, Tübingen 1909, S. 16 zitiert nach Behrens, Karl-Christian: Allgemeine Standortbestimmungslehre, Köln und Opladen 1961, S. 7

Er spricht also von Merkmalen, die einen Standort für die Durchführung einer industriellen Produktion attraktiv machen.¹⁴

Weber schränkt seine Ausführungen stark auf Kostenvorteile ein, die Absatzsituation wird vernachlässigt bzw. von vornherein ausgeschlossen. Dies entspricht der anfänglichen wissenschaftlichen Betrachtungsweise der damaligen Zeit, in der eher auf interne, beschaffungs- und kostenorientierte Faktoren Wert gelegt wurde. In neueren wissenschaftlichen Abhandlungen werden alle wirtschaftlichen Verbindungen einer betrieblichen Leistungsstätte zu ihrer relevanten Umwelt (z.B. Konkurrenzsituation, Nachfragestruktur, Verkehrslage, etc.) bei der Betrachtung der Standortthematik mitbezogen.¹⁵

Beispielhaft seien hier nur einige der Gliederungsansätze angeführt, die im Laufe der Zeit entwickelt wurden:¹⁶

- Weber (1909): Kostenorientierte Einflussfaktoren
- Seyffert: Absatzorientierter Faktorenkatalog in vier Bereiche (Konsum, Verkehr, Konkurrenz und Raum) eingeteilt
- Behrens (1961): Erstmals ausdrückliche Trennung von absatz- und kostenorientierten Faktoren
- Simkin (1989)/Wotzka (1970): Umsatz-/erlösbeeinflussende und kostenbeeinflussende Standortfaktoren
- Wurth (1970): Einnahmen- und ausgabenbezogene Faktoren
- Kantona/Morgan: „Pull-factors“ (ausschlaggebend für Standortentscheidung) und „push-factors“ (nicht oder weniger ausschlaggebend)
- Korndörfer (1993): Unternehmensinterne und -externe Faktoren

Es gibt viele unterschiedliche Ansätze, die ihren Ursprung in den Branchenbezügen der Autoren haben. Es gibt daher auch keine richtigen oder falschen Klassifizierungen.

¹⁴ Vgl. Behrens, Karl-Christian: a.a.O., S. 7

¹⁵ Vgl. Bienert, Michael Leonhard: Standortmanagement – Methoden und Konzepte für Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Wiesbaden 1996, S. 12

¹⁶ Vgl. Logar, Wolfgang: Standortqualität für Unternehmensgründungen, Klagenfurt 2003, S. 12

gen, sondern die getroffenen Klassifizierungen müssen im Hinblick auf die jeweils untersuchte Branche beurteilt werden. Gleichmaßen wie ein Standort selbst nicht an sich gut oder schlecht, sondern für den jeweiligen Zweck geeignet, oder nicht geeignet ist. Die Eignung lässt sich erst durch den Vergleich mehrerer Standorte feststellen und ein Vergleich wiederum ist über die Standortfaktoren möglich.¹⁷

Die unterschiedliche Bedeutung wird von drei wesentlichen Faktoren beeinflusst, die voneinander abhängen:¹⁸

1. Produktionsbedingungen und -typen (handwerklich, industriell, tertiär)
2. Marktgröße und Einzugsbereiche (Beschaffungs- und Produktmärkte)
3. Zentralen Produktionsfaktoren (Rohstoffe, Kapital, Information, u.a.m.)

Steigt das Produktionsvolumen durch bessere Absätze an, werden an die Verkehrssysteme höhere Ansprüche gestellt werden, die wiederum davon beeinflusst werden, welcher Produktionsfaktor eingesetzt werden muss (sperrige Rohstoffe, Informationen, die über Internet ausgetauscht werden können, etc.).

Bei der folgenden Erläuterung der Standortfaktoren wurde eine Einteilung nach der Quantifizierbarkeit der Standortfaktoren vorgenommen, weil öffentliche Förderungen – als Themenstellung dieser Arbeit – in der Regel eindeutig quantifizierbar sind, andere Faktoren jedoch nicht.

2.2. Harte Standortfaktoren

Harte Standortfaktoren haben einen direkten Einfluss auf die Kosten eines Unternehmens und sind somit quantitativ messbar. Sie schlagen sich direkt auf die Bilan-

¹⁷ Vgl. Becker, Jörg: Wirtschaftsförderung und Standortanalyse – Standortfaktoren identifizieren, bündeln und gewichten, 1. Auflage, Norderstedt 2009, S. 22

¹⁸ Vgl. Grabow, B./Henckel, D./Hollbach-Grömig, B.: a.a.O., S.

zen eines Betriebes nieder.¹⁹ Sie sind an vielen Standorten im selben Maß gut ausgeprägt.

Die Darstellung der harten Standortfaktoren wurde an die Ausführungen von Behrens angelehnt, weil dieser eine wirtschaftsbereichsübergreifende Betrachtung der Standortfaktoren bietet.

Gütereinsatz und Standort

Externer Gütereinsatz (Beschaffung)

Der Einfluss der Beschaffung auf die Standortwahl bestimmt sich durch die Notwendigkeit, ob das betreffende Gut am Ort vorhanden sein muss, oder bezogen werden kann. Die Transportfähigkeit ist also von besonderer Bedeutung.

Ist das Beschaffungsgut nicht transportabel, aber für den Produktionsprozess notwendig (nicht substituierbar), kann sich die Standortwahl nur daran orientieren.

Wenn das Beschaffungsgut doch transportabel ist, stellt sich die Frage, bis zu welcher Entfernung der Transport wirtschaftlich sinnvoll ist. Folgende Faktoren können Einfluss auf die Ausdehnung des Bezugsgebietes haben:

- Die Eigenart des Gutes
- Verderblichkeit
- Lieferzeit
- Eine notwendige Besichtigung vor Lieferung und die damit verbundenen Kosten
- u.a.m.

Solche Güter werden auch als „transportempfindlich“ bezeichnet.²⁰

Beim Transport von Gütern spielen auch die Transportverhältnisse eine Rolle. Hier sind Themen wie Verkehrsanschlüsse, Transportmittel und Verladeanlagen abzuklären.

¹⁹ Vgl. Weber, Joachim: Kommunale Wirtschaftsförderung in Brandenburg – Regionale Handlungsfähigkeit durch kooperativen Staat?, Frankfurt am Main 2000, S. 63

²⁰ Vgl. Behrens, Karl-Christian: a.a.O., S. 51

Weitere Faktoren zu Beschaffung sind:

- Quantität und Qualität der nicht transportablen oder transportempfindlichen Beschaffungsgüter
- Die Kosten der Güter selbst, beeinflusst durch die örtliche Angebotsintensität bzw. der örtlichen Beschaffungskonkurrenz, aber auch von etwaigen staatlichen Beschaffungshilfen
- Betriebsräumlichkeiten (Ausprägung, Erweiterungsmöglichkeiten)
- Beschaffungsradius für Kredite

Interner Gütereinsatz (Transformation)

Werden die Beschaffungsgüter in Produktionsbetrieben einem Umwandlungsprozess unterworfen, sind auch die natürlichen und technischen Voraussetzungen standortrelevant. Dazu zählen je nach Branche:

- Geologische und klimatische Bedingungen
- Technische Agglomeration: oftmals ist der räumliche Zusammenschluss mehrerer Betriebe sinnvoll. Sei es, um durch gemeinsamen Einkauf günstige Preise zu erhalten, oder um besser kooperieren zu können

Absatz und Standort

Nicht nur technische Voraussetzungen und Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung – im besten Fall minimale Stückkosten – sind wesentlich. Auch die Erlössituation ist ausschlaggebend und damit Absatzmengen und -preise.

Ist wie bei mittlerweile vielen Branchen (auch durch Internetverkäufe) die ganze Welt als Absatzmarkt zu sehen, rückt der einsatzoptimale Standort in den Vordergrund, während die Erlössituation vom Standort unabhängig bleibt.

Ist das Absatzgebiet sehr eingeschränkt, wie vielfach beispielsweise im Einzelhandel der Fall, kommt dem Standort im Verhältnis zum Absatzgebiet eine höhere Bedeutung zu. Hohe Kosten in der Leistungserstellung können durch den kleinen Absatzmarkt nicht aufgefangen werden, außer Absatzgut und Absatzgebiet lassen entsprechende Absatzpreise zu.

Dem Absatzgebiet kommt daher entscheidende Bedeutung zu. Eine Abgrenzung des Gebietes kann sich aus folgenden Gründen ergeben:²¹

1. Kostensicht

- a. Das Produkt verursacht durch Sperrigkeit oder Zerbrechlichkeit höhere Transportkosten als die Beförderung der Einzelmaterialien. Je größer die Entfernung zum Abnehmer, desto weniger wäre das Unternehmen konkurrenzfähig.
- b. Die im Produkt enthaltenen Materialien sind Ubiquitäten, also „...*Stoffe, die praktisch überall vorkommen, deren Gewinnung nicht an bestimmte Fundstellen gebunden ist.*“²² Unter diesen Umständen würde es keinen Sinn machen, das Absatzgut weit entfernt vom Absatzort herzustellen bzw. zu erwerben.

2. Zeitliche Sicht

- a. Das Gut ist verderblich.
- b. Die Lieferzeiten müssen kurz sein und die Lagerhaltung am Absatzort ist nicht möglich bzw. unrentabel.

Steigt die Transportempfindlichkeit, verengt sich das Absatzgebiet und umgekehrt.

Absatzpotenzial

Das Absatzpotenzial ist von zwei Faktoren abhängig: Absatzmenge und Absatzpreis. Je höher die am Absatzort möglichen Absatzmengen und je höher der erzielbare Absatzpreis, desto höher das Absatzpotenzial. Vertiefend kann noch festgestellt werden:

- Ist die Absatzmenge eingeschränkt, bestimmt der Preis das Absatzpotenzial.
- Ist der Preis begrenzt, bestimmt sich das Potenzial durch die erwartete Absatzmenge.

²¹ Vgl. Behrens, Karl-Christian: a.a.O., S. 69

²² Ebenda, S. 9

Um einen Standort zu wählen sollte eine Absatzpotenzialanalyse vorgenommen werden.

Dem Standort ist ein Absatzgebiet zuzuordnen. Dies erfolgt beispielsweise durch Einzeichnen der Isotransportkosten- bzw. Isotransportzeitlinie. Es werden dabei jene Punkte miteinander verbunden, die sich aus dem Maximalbetrag an Absatzkosten bzw. Absatzzeiten ergeben und stellen somit die Absatzradien dar. Die Absatzmengen und -preise spiegeln das Potenzial wider.

Das Absatzpotenzial bestimmt sich durch zwei Einflussfaktoren:²³

1. Bedarf: Dieser hängt von der Zahl der Bedarfsträger und der Bedarfsintensität ab.

a. Bei Letztverbrauchern hängt die Zahl der Bedarfsträger ab von

- i. Einwohnerdichte: höhere Dichte, mehr Absatzchancen
- ii. Passantendichte
- iii. Bevölkerungsstruktur
- iv. Verbrauchsgewohnheiten

Die Bedarfsintensität hängt von der Bevölkerungsstruktur und den Verbrauchsgewohnheiten ab. Einwohner- und Passantendichte sind hier nicht so wichtig.

b. Bei Unternehmen als Absatzträgern hängt das Absatzpotenzial natürlich von deren Anzahl im Absatzgebiet ab, die Intensität von deren Kapazität und Eigenart der Leistung.

2. Kaufkraft: Gebiete mit höherem Einkommensniveau bieten bessere Absatzmöglichkeiten als ärmere Landstriche. Dies hängt natürlich auch von der Art des Produktes ab. Während Luxusgüter nur in den erstgenannten Gebieten Absatz finden werden, kann Massenware auch in Gebieten mit weniger Kaufkraft abgesetzt werden.

²³ Vgl. Behrens, Karl Christian: a.a.O., S. 75 ff.

3. Absatzkonkurrenz

Relevant ist die Zahl und Größe der im Absatzgebiet ansässigen Unternehmen, die vergleichbare Produkte anbieten. Die Zahl hat Auswirkungen auf Absatzmenge und Absatzpreis.

4. Absatzagglomeration (Konkurrenzanziehung)

Die Ansammlung von zahlreichen Betrieben der gleichen Branche führt unter bestimmten Voraussetzungen dazu, dass Abnehmer dadurch angezogen werden und damit die Absatzchancen steigen. Welcher Konzentrationsgrad für diesen Effekt erforderlich ist, hängt von den regionalen Gegebenheiten ab. Zu beachten ist auch die Agglomerationsgrenze. Bei Überschreiten dieser Grenze sinkt das Absatzpotenzial pro Betrieb.

Deglomeration ist das Gegenteil der Agglomeration und äußert sich in einer Tendenz zur dezentralen Standortwahl.²⁴

5. Herkunfts-Goodwill

Manche Güter werden aus Tradition an bestimmten Orten hergestellt und genießen meist den Ruf „besonderer Qualität“. Dieser Ruf lockt Abnehmer an und dient vor allem Betrieben mit weiten Absatzradien.

6. Staatliche regionale Absatzhilfen

Solche Hilfen werden vor allem in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten eingesetzt. Dazu zählen öffentliche Aufträge und Subventionen/Förderungen.

Absatzkontakte

Bisher wurde ausschließlich von Absatzmöglichkeiten gesprochen. Um diese auch in tatsächliche Absatzmengen überzuführen, können Absatzkontakte wesentlich sein.

Dabei handelt es sich um absatzfördernde Einrichtungen wie:

²⁴ Vgl. Santner, Sonja: Entscheidungsrelevante Einflussfaktoren der Standortwahl bei der Globalisierung von Produktionsstandorten, Pöls 2007, S. 39

- Zeitungen
- Werbeagenturen
- MAFO-Instituten
- Druckereien
- Messen
- Kammern
- Vermittler
- Etc.

Die Bedeutung dieser Kontakte steigt mit dem Umfang des Absatzgebietes.

Weitere wichtige, harte Standortfaktoren sind:

- Flächenverfügbarkeit

Die Verfügbarkeit von Grundstücken/Gebäuden ist ein wesentlicher Faktor für Industrie- und Gewerbeunternehmen. Kriterien zum Standort sind beispielsweise:

- Größe
- Kosten für Miete/Kauf, Adaptierung
- Nutzungsmöglichkeiten
- Erweiterungsmöglichkeiten
- Behördliche Widmungen und Auflagen

- Steuern und Subventionen/Förderungen

Mit Hilfe von Steuerbegünstigungen, zB bei der Gewinnbesteuerung, Besteuerung des Umsatzes und Vermögens, kann die Standortwahl beeinflusst werden, dies vor allem bei Unternehmen mit internationalem Bezug.

Die Fördermöglichkeiten werden im folgenden Kapitel ausführlich dargestellt.

- Verkehrsinfrastruktur

Die Nähe zu den erforderlichen Transportwegen kann sowohl für den Produktions- als auch den Absatzprozess durch die damit verbundenen Transportkosten und die Erreichbarkeit von Kunden und Lieferanten von Bedeutung sein.

- Nähe zu Forschungseinrichtungen

Unternehmen, die in einem schnelllebigen Markt agieren, sind auf ständige Forschung und Entwicklung angewiesen. Ist es nicht möglich, den laufenden Innovationsprozess zur Gänze innerbetrieblich abzudecken, kann durch die Nähe zu Forschungseinrichtungen und den damit zusammenhängenden Kooperations-

möglichkeiten ein Vorteil eines Standortes gegenüber anderen Standorten bzw. gegenüber der Konkurrenz entstehen.

Die Wichtigkeit der Forschung wird auch dadurch unterstrichen, dass die Forschungsförderung den drittgrößten Politikbereich der EU (nach Agrar- und Regionalpolitik) darstellt.²⁵

- **Arbeitskosten und das Angebot von Arbeitskräften**

Die Höhe der Arbeitskosten kann für den Erfolg eines Unternehmens einen entscheidenden Faktor darstellen. Neben den regionalen Unterschieden der Arbeitskosten im In- und Ausland ist auch die Frage der Qualifikation der Arbeitskräfte für die Kosten relevant. Hoch qualifizierte Arbeitskräfte werden nur bei entsprechender Lohnabgeltung und bei Vorhandensein der wesentlichen weichen Standortfaktoren (2.3) zu finden sein. Ein Mangel an qualifiziertem Personal kann die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens schwächen und den nachhaltigen Erfolg gefährden.

2.3. Weiche Standortfaktoren

Harte Standortfaktoren zu thematisieren erfordert auch, sich mit den weichen zu beschäftigen, da diese komplementär sind und zusammen das gesamte Spektrum relevanter Bestimmungsgrößen abdecken.

Weiche Standortfaktoren sind nur schwer quantifizierbar und nicht eindeutig messbar. Die Kosten spielen hier eine untergeordnete Rolle, das Unternehmensumfeld steht im Vordergrund. Bereits 1958 unterteilt Rüschenpöhler die Standortfaktoren in „rechenhaft“ und „nicht rechenhaft“, berücksichtigt damit die Quantifizierbarkeit und misst „nicht rechenhaften“ Faktoren gleichzeitig große Bedeutung zu.²⁶

Weiche Standortfaktoren werden auch durch die zunehmende Städtekonkurrenz immer wichtiger, die im Rahmen von Städterankings auch der Öffentlichkeit zugänglich

²⁵ Vgl. Kramar, Hans: Wettbewerbsfähig durch Innovation?, Wien, Zugriff 10.01.2010

²⁶ Vgl. Rüschenpöhler, H.: Der Standort industrieller Unternehmungen als betriebswirtschaftliches Problem, Berlin 1958, S. 65 ff. zitiert nach Autschbach, Jörg: Internationale Standortwahl – Direktinvestitionen der deutschen Automobilindustrie in Osteuropa, Wiesbaden 1997, S. 129

gemacht werden. Je nachdem, wer Auftraggeber dieser Studien ist, werden Faktoren wie Wachstumsdynamik, BIP pro Einwohner, Unternehmerfreundlichkeit, Lebensqualität u.a.m. untersucht. So kann man annehmen, dass eine Stadt bzw. Stadtverwaltung, die öffentlich als „unternehmerfreundlich“ eingestuft wird, für die Entscheidungsträger in Unternehmen interessanter sein wird, als eine Stadt, die bei Umfragen sehr schlecht abschneidet.

Unterscheidung der weichen Standortfaktoren

Weiche unternehmensbezogene Faktoren

Sie haben unmittelbare Auswirkungen auf die Unternehmenstätigkeit. Dazu zählen beispielsweise:

- Arbeitnehmermentalität
- Politische Stabilität
Dies ist vor allem für Unternehmen im internationalen Umfeld von Bedeutung
- Wirtschaftsklima einer Region
Neben dem Verhalten der öffentlichen Verwaltung wird darunter auch die Wirtschaftsfreundlichkeit anderer Institutionen wie Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Kammern verstanden.
- Image einer Region
Unter Image versteht man *„das Bild, das sich der einzelne oder eine Gruppe von sich selbst oder von anderen Menschen, Gruppen oder Unternehmen u.a. macht.“*²⁷ Es handelt sich also um subjektive Wahrnehmungen – im Fall von Betriebsansiedelungen – der Entscheidungsträger eines Unternehmens über einen Standort, die nicht zwangsläufig mit den Fakten übereinstimmen müssen. Der Einfluss des Images als Standortfaktor ist schwer ermittelbar und nicht für jede Branche gleich wichtig.

²⁷ Großes Universallexikon, Zug 1988, S. 296

Für folgende Branchen kann das Image von besonderer Bedeutung sein:²⁸

- Versicherungen,
 - Wirtschafts- und Rechtsberater,
 - Werbeunternehmen,
 - Unterricht/Forschung/Wissenschaft,
 - Kultur/Kunst/Sport/Unterhaltung, aber auch
 - neue Unternehmen an einem Standort .
- Verhalten der öffentlichen Verwaltung
- Behörden, die für die öffentliche Abwicklung von Betriebsansiedelungen zuständig sind, können durch ihr Agieren das Interesse von Unternehmen an einem Standort beeinflussen. Ausschlaggebend sind dabei vor allem bürokratische Strukturen und der Umgang mit Unternehmen.²⁹ Konkrete Beispiele dafür sind die Flexibilität und Dauer bei Genehmigungsverfahren, ökonomische Kompetenz und Unterstützung für Unternehmen, Service- und Dienstleistungsorientierung. Je besser sich eine Region auf die Bedürfnisse von Unternehmen einstellt, desto attraktiver wird diese für Ansiedlungsprojekte sein. Häufig wird das Leistungsangebot fälschlicherweise auch am harten Standortfaktor „Abgaben und Steuern“ gemessen.³⁰

Weiche personenbezogene Faktoren

Hierbei handelt es sich um persönliche Präferenzen der Entscheider und die Präferenzen der Entscheidungsträger im Unternehmen, also subjektive Einschätzungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen am Standort. Sie sind also nicht-betriebliche Faktoren, die aber Einfluss auf die Arbeitsmotivation und damit indirekt auch auf die Betriebstätigkeit Auswirkungen zeigen können. Unternehmen, die hoch qualifizierte Arbeitnehmer benötigen, die wiederum am Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind, müssen auf deren Wünsche Rücksicht nehmen, weil *„nicht die (qualifizierte) Arbeitskraft folgt automatisch dem Arbeitsplatz, sondern das Arbeitsplatz schaf-*

²⁸ Vgl. Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig: a.a.O., S. 333

²⁹ Vgl. Cortrie, Sabrina: a.a.O., S. 35

³⁰ Vgl. Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig: a.a.O., S. 332

*fende Kapital orientiert seine Standortentscheidung verstärkt an den regionalen Präferenzen der (qualifizierten) Arbeitskräfte.*³¹

- Wohnen und Wohnumfeld

Dieser Faktor wird als wichtigster weicher Standortfaktor angesehen und ist für noch zu gewinnende Arbeitnehmer von großer Bedeutung.³² Teilbereiche dazu sind die Verfügbarkeit von Wohnraum, Miet-/Kaufpreise für Immobilien, Ortszufriedenheit, Wohnlage und -umfeld u.a.m. Die Umweltqualität spielt ebenfalls eine Rolle, also saubere Luft, klares Wasser, Grünflächen – diese sind für eine hohe Lebensqualität entscheidend.³³

- Attraktivität des jeweiligen Standortes

Das historische Ortsbild, die Lebensart und das städtische Flair sind Einflussfaktoren. An Hand der Studie von Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig ist dieser Faktor wieder besonders für zuvor genannte Branchen und in Großstädten ausschlaggebend.³⁴

Auch die weitere Region um den Standort kann eine Rolle spielen, hier allerdings nicht auf bestimmte Branchen eingeschränkt.

- Kultur-, Freizeit- und Erholungsangebot

Diese Bereichszusammenfassung ist sehr weit gefasst. Alleine der Begriff „Kultur“ hat eine imageprägende Wirkung für eine Region. Es geht um Musik-, Kunst-, Sport- und Erholungsmöglichkeiten rund um das Wohnumfeld der Arbeitnehmer und beeinflusst die Lebensqualität.

- Bildungs- und Kulturangebot

³¹ Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung (1974) S. 53 zitiert nach Cortrie, Sabrina: a.a.O., S. 48

³² Vgl. Cortrie, Sabrina: a.a.O., S. 41

³³ Vgl. Huber, Joseph: Regionalentwicklung in der Kommunikationsgesellschaft - Langfristige Entwicklungstrends für Schleswig-Holstein, Opladen 1993, S. 104

³⁴ Vgl. Grabow/Henckel/Hollach-Grömig: a.a.O., S. 334

Eine klare Abgrenzung zwischen harten und weichen Standortfaktoren ist nicht immer einfach und hängt von der Betrachtungsweise des jeweiligen Unternehmens ab. Als Beispiel sei hier der Freizeitwert einer Region angeführt: Für viele wäre dies ein weicher Faktor, während ihn ein Produzent von Freizeitgütern als harten Faktor ansehen wird. Die Grenze verläuft also fließend.³⁵

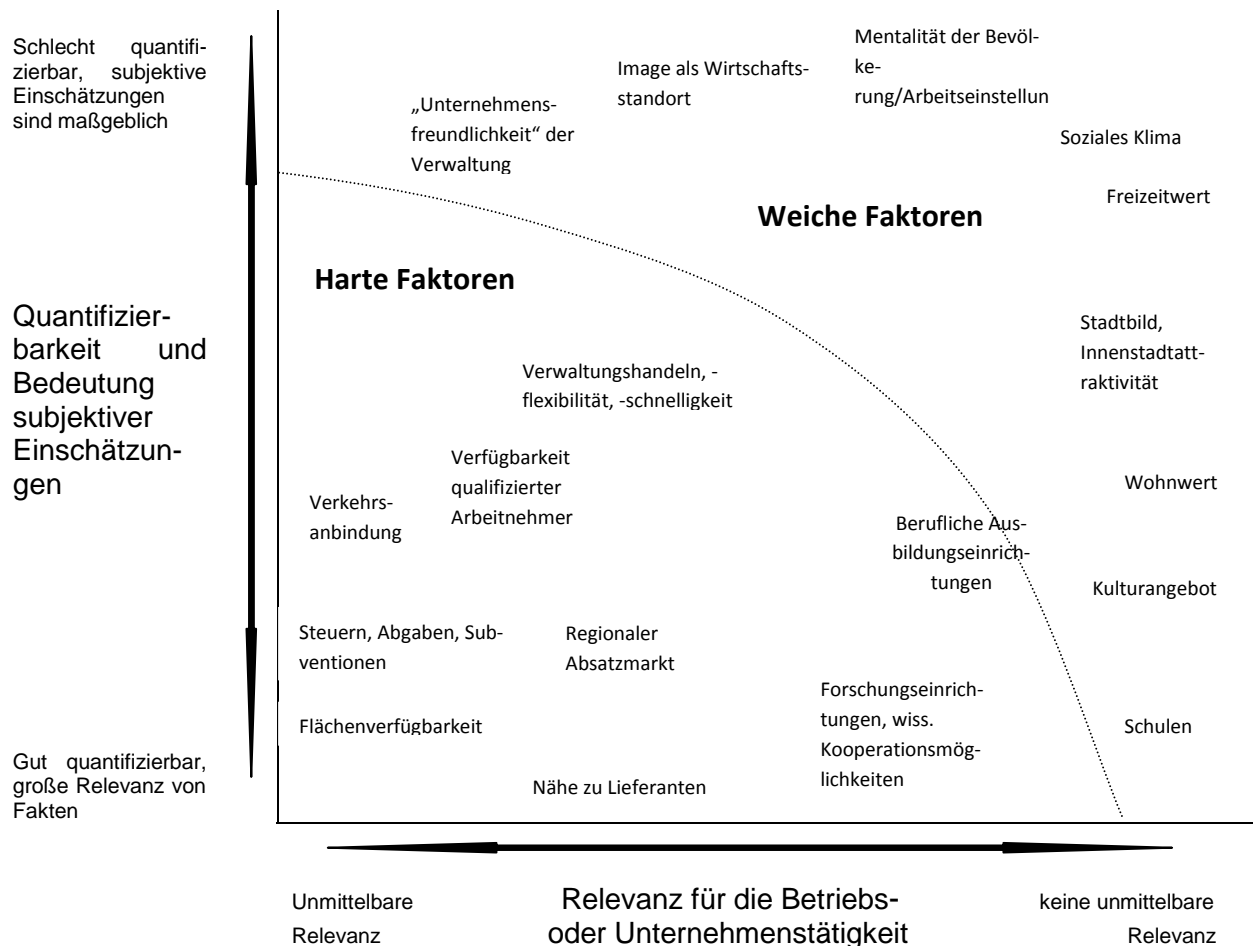


Abbildung 1: Kontinuum der harten und weichen Standortfaktoren³⁶

Die Abbildung verdeutlicht das Zusammenwirken der Standortfaktoren und die zahlreichen Wechselbeziehungen, vor allem im Zeitablauf. Wichtige Standortbedingungen haben mit den Veränderungen der Produktionsbedingungen einen Wandel in ihrer Bedeutung erfahren. War Anfang des vorigen Jahrhunderts beispielsweise die Nähe zu Flüssen für den Transport von Waren notwendig, so ist es heute die Nähe

³⁵ Vgl. Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig: a.a.O., S. 33

³⁶ Ebenda, S. 65

zu Flughäfen oder Hochgeschwindigkeitstrassen.³⁷ In Gebieten, in denen früher harte Standortfaktoren sehr gut ausgeprägt waren (z.B. spezielle Industrieregionen), sind die weichen Faktoren (z.B. durch Umweltverschmutzung) ins Hintertreffen geraten.

Die Bedeutung weicher Standortfaktoren ist nicht in jeder Phase des Standortentscheidungsprozesses gleich hoch:

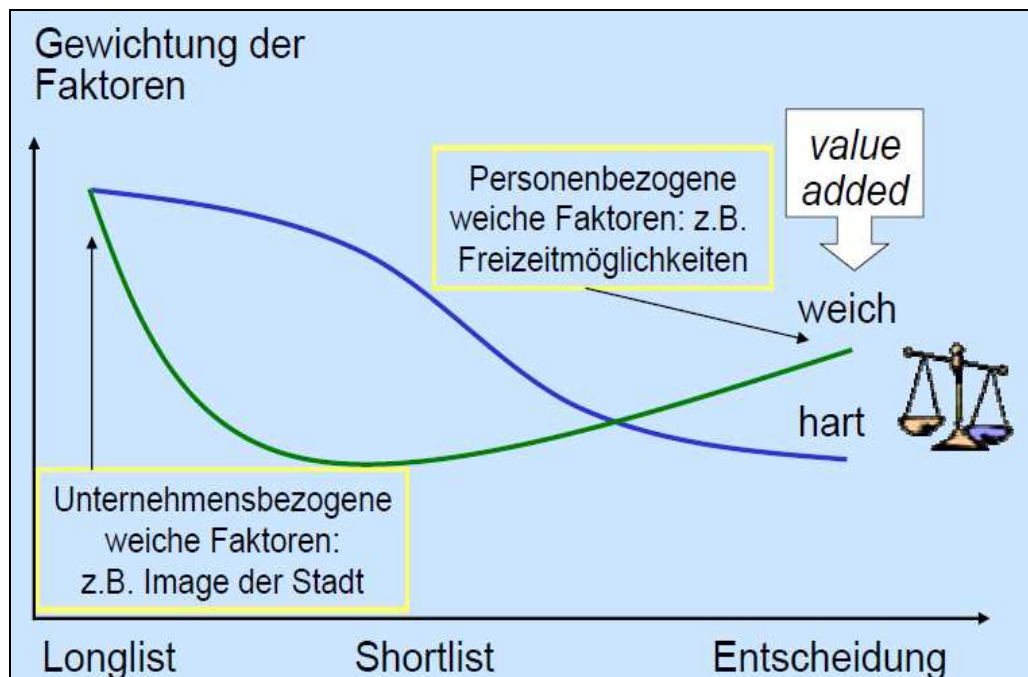


Abbildung 2: Standortfaktoren in den Phasen der Standortentscheidung³⁸

Weiche Standortfaktoren spielen in der Phase der Vorauswahl in Form von Bildern und Vorurteilen über den jeweiligen Standort eine besondere Rolle. Bei der Überprüfung und Bewertung stehen eher die harten Faktoren im Vordergrund, während bei der Entscheidungsfindung wieder weichen Faktoren eine steigende Bedeutung zukommt. Hier können sie auch zu Standortentscheidungen führen und stellen letztlich einen „added value“ (Mehrwert) dar.

Der betriebswirtschaftlich optimale Standort muss nicht zwangsläufig zur Betriebsansiedlung führen. Dafür sind auch behördliche Genehmigungen erforderlich, die die Ansiedlung bestimmter Branchen oder Betriebstypen verhindert. Dies wird in der Re-

³⁷ Vgl. Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig: a.a.O., S. 70

³⁸ Vgl. Balderjahn, Ingo: Die verschiedenen Betrachtungsweisen der Standortfaktoren, 1. Teil, Zürich 2006, Folie 18

gel umweltrelevante Aspekte wie Geruchs-/Lärmbelästigung für Anrainer, oder gefährliche Abwässer betreffen. Möglich sind auch Beschränkungen wegen Wettbewerbsschutz (in Kärnten beispielsweise für Rauchfangkehrer-Unternehmen). Behördliche Auflagen können mit bedeutenden Mehrkosten verbunden sein und die Betriebsansiedelung unwirtschaftlich machen.

Die Wahl des Standortes ist meist durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst und nur selten werden alle als wichtig eingestuften Faktoren wunschgemäß ausgeprägt sein. Die Standortentscheidung wird daher immer einen Kompromiss darstellen.

3. Förderungen für Gewerbe und Industrie

Die Gewährung von Förderungen aus öffentlichen Mitteln stellt einen harten Standortfaktor im Sinne der vorangegangenen Ausführung dar. Es werden nun nach Darstellung der rechtlichen Vorschriften, die in diesem Bereich existieren, die für Betriebsansiedelungen relevanten Fördermöglichkeiten erläutert.

3.1. Rechtliche Grundlagen

Die Gewährung von staatlichen Beihilfen oder Förderungen ist an eine umfangreiche Gesetzgebung der Europäischen Union (EU) gebunden und wird unter dem Begriff „EU-Beihilfenrecht“ zusammengefasst. Die ursprünglich im EG-Vertrag festgelegten Bestimmungen wurden in den Vertrag von Lissabon, der am 01. Dezember 2009 in Kraft trat, übernommen.

EU-Beihilfenrecht

Die Vergabe von staatlichen Beihilfen wird nun in Art. 107 Abs. 1 VAEU (ex-Art. 87 Abs. 1 EGV) wie folgt geregelt: *„Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen der Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinträchtigen“*.³⁹

Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen werden durch die Zurechenbarkeit der Mittelgewährung zum Staat definiert. Die Förderabwicklung bzw. Vergabe dieser Mittel kann dabei über folgende Wege erfolgen:⁴⁰

³⁹ http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/compilation/a_01_12_09_de.pdf, Zugriff 29.04.2010

⁴⁰ Vgl. Rieger, H./Platzer, A.: Handbuch EU-konformer Förderungen – Antworten auf Förderfragen aus der Unternehmenspraxis mit Fallbeispielen, 7. Auflage, München 2009, S. 9

- Das zuständige Ministerium selbst
- Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit (z.B. ERP-Fonds)
- Förderleistungen, die aus der Bundesverwaltung in GmbHs ausgegliedert werden (z.B. Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft m.b.H.)
- Beauftragung Dritter mit Förderleistungen („Contracting out“, z.B. Kommunalkredit Public Consulting GmbH)

Die Begünstigung ist als ein wirtschaftlicher Vorteil definiert, dem keine marktkonforme Gegenleistung gegenübersteht.⁴¹

Als Ziel des Beihilfenrechts kann daher die Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen Unternehmen aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten angesehen werden.

Beihilfen unterliegen der sogenannten „Präventivkontrolle“, d.h. sie dürfen erst vergeben werden, wenn sie bei der EU-Kommission angemeldet („notifiziert“) und schließlich genehmigt wurden. Im folgenden Abschnitt werden die möglichen Beihilfearten näher erläutert.

„De-minimis“-Beihilfen

Die in Art. 107 VAEU dargestellte Definition der staatlichen Beihilfen wird durch die Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 vom 15. Dezember 2006 konkretisiert. Diese sieht vor, dass sogenannte „De-minimis“-Beihilfen ohne Zustimmung der EU gewährt werden können. Die EU-Kommission geht davon aus, dass diese Beihilfen den Handel zwischen den Mitgliedstaaten nicht spürbar beeinträchtigen bzw. den Wettbewerb nicht verfälschen. Sie weisen folgende Merkmale auf:⁴²

- a. Sie dürfen den Gesamtbetrag von EUR 200.000,00 (Straßentransportsektor EUR 100.000,00) innerhalb von drei Steuerjahren nicht überschreiten. Der Dreijahreszeitraum ist dabei fließend zu sehen, d.h. bei jeder Neubewilligung ist die Ge-

⁴¹ Vgl. http://www.bpv-huegel.com/files/seminar_beihilfenrecht_.pdf, Folie 7

⁴² Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:379:0005:0010:DE:PDF>, Zugriff 01.09.2009

samtsumme der im laufenden sowie den vergangenen zwei Steuerjahren gewährten „De-minimis“-Beihilfen festzustellen.

- b. Sie dürfen auf Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten nicht angewendet werden.

In Schwierigkeiten ist ein Unternehmen, wenn im Fall von Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals verschwunden und mehr als ein Viertel dieses Kapitals während der letzten zwölf Monate verlorengegangen ist; im Falle von Gesellschaften, in denen mindestens einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften: Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist verschwunden, und mehr als ein Viertel dieser Mittel ist während der letzten zwölf Monate verlorengegangen; oder unabhängig von der Gesellschaftsform: Die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Gesamtverfahrens, welches die Insolvenz des Schuldners voraussetzt, sind erfüllt.⁴³

- c. Die Transparenz der Beihilfe ist maßgebend. Diese ist dann gegeben, wenn sich ein Bruttosubventionsäquivalent (drückt den wirtschaftlichen Nutzen einer Beihilfe in Prozent der Kosten aus⁴⁴) im Voraus bestimmen lässt. Dies ist in der Regel bei Zuschüssen, Zinsenzuschüssen, Darlehen, Garantien und steuerlichen Maßnahmen der Fall. Nicht transparent sind hingegen Kapitalzuführungen sowie teilweise Risikokapital.
- d. Eine „De-minimis“-Beihilfe darf nicht mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, um ein Überschreiten der in verschiedenen EU-Rechtsakten vorgegebenen Beihilfemaximalintensitäten bzw. der Höchstintensitäten der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (siehe Punkt 3.3.) zu verhindern.

Die genannten Höchstbeträge gelten für „De-minimis“-Beihilfen gleich welcher Art und Zielsetzung und für Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen mit folgenden Ausnahmen:

⁴³ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union (ABl.) C244/2 vom 01.10.2004

⁴⁴ Vgl. <http://www.awsg.at/portal/cCardDatabase.php?dgn=29&dse=28&dsi=791>, Zugriff 16.09.2009

- Unternehmen im Bereich Fischerei und Aquakultur, im Bereich Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Steinkohlebergbau
- Beihilfen für exportbezogene Tätigkeiten
- Beihilfen, die von der Verwendung heimischer Erzeugnisse zu Lasten von Importwaren abhängig gemacht werden
- Beihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengütertransport an Unternehmen des gewerblichen Straßengütertransportes

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

Eine weitere rechtliche Grundlage im Rahmen der Gewährung von Beihilfen stellt die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung dar. Sie ist seit 29. August 2008 in Kraft und vorläufig bis 31. Dezember 2013 gültig. Sie wurde aus den fünf bisherigen Gruppenfreistellungsverordnungen zusammengefasst und legt katalogartig allgemeine Kriterien fest, die eine Anmeldung der Beihilfe bei der Kommission nicht mehr zwingend erforderlich machen. Basis der folgenden Ausführungen ist die letzte veröffentlichte Verordnung (EG) Nr. 800/2008 vom 06. August 2008.⁴⁵

Die Verordnung gilt für Klein-, Mittel und Großunternehmen. Diese Unternehmen weisen folgende Kriterien auf:

Kriterium	Kleinstunternehmen	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen
Mitarbeiter und	bis 9	10 – 49	50 – 249	ab 250
Bilanzsumme oder	bis EUR 2 Mio	bis EUR 10 Mio	bis EUR 43 Mio	> EUR 43 Mio
Umsatz	bis EUR 2 Mio	bis EUR 10 Mio	bis EUR 50 Mio	> EUR 50 Mio

Tabelle 1: Kategorisierung von Unternehmen, eigene Darstellung

⁴⁵ Vgl. http://www.sfg.at/downloads/docs/4260_12_AGVO.pdf, Zugriff 26.08.2009

Ein Kriterium (Bilanzsumme oder Umsatz) darf überschritten werden und eine Überschreitung ist zwei Jahre in Folge notwendig, um in die nächste Kategorie eingestuft zu werden.

Hinzu kommt noch die Frage des Unternehmenstyps. Hier wird zwischen dem eigenständigen Unternehmen, Partnerunternehmen sowie verbundenen Unternehmen unterschieden:

- Eigenständig ist jedes Unternehmen, das nicht Partnerunternehmen oder verbundenes Unternehmen ist.
- Partnerunternehmen ist ein Unternehmen, das nicht als verbundenes Unternehmen gilt. Es hält einen Anteil zwischen 25,0 % und 50,0 % an einem anderen Unternehmen, oder ein anderes Unternehmen hält einen Anteil zwischen 25,0 % und 50,0 % am Unternehmen (Förderungswerber). Es erstellt weder selbst einen konsolidierten Jahresabschluss, noch wird es durch Konsolidierung in den Jahresabschluss eines anderen Unternehmens einbezogen.
- Verbunden ist ein Unternehmen, wenn
 - es die Mehrheit der Stimmrechte an einem anderen Unternehmen hält,
 - ein Unternehmen berechtigt ist, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuwählen,
 - ein Unternehmen gemäß einem mit einem anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrag, oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt ist, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
 - ein Unternehmen, das Aktionär/Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, gemäß einer mit anderen Aktionären/Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarungen die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären/Gesellschaftern ausübt.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. <http://www.kwf.at/de/help/kmu0.html>, Zugriff 26.08.2009

Der Anwendungsbereich der AGVO erstreckt sich auf alle Wirtschaftsfaktoren. Ausgenommen sind jedoch:

- Fischerei und Aquakultur, Landwirtschaft und Kohlebergbau
- Regionalbeihilfen im Stahlsektor, Schiffbau und Kunstfasersektor und gezielte Regionalbeihilferegeln für bestimmte Wirtschaftszweige
- Exportbezogene Tätigkeiten und Regelungen, die einheimischen Waren Vorrang vor eingeführten Waren gewähren
- Ad-hoc-Beihilfen (Gewährung an ein einzelnes Unternehmen) für große Unternehmen (außer Regionalbeihilfen)
- Unternehmen in Schwierigkeiten

Ausschlaggebend ist wie bei den „De-minimis“-Beihilfen die Transparenz

Regionalbeihilfen:

Art. 107 Abs. 3 VAEU (ex-Art. 87 Abs. 3 EGV) sieht *„Beihilfen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Gebieten, in denen die Lebenshaltung außergewöhnlich niedrig ist oder eine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht...“*⁴⁷ als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar an. Er ermöglicht sogar die Begünstigung von besonders benachteiligten Gebieten (in Österreich ausschließlich das Burgenland). Diese Gebiete werden in der AGVO mit höheren maximal zulässigen Beihilfeintensitäten berücksichtigt und wurden für Österreich durch die Österreichische Raumordnungskonferenz-Stellvertreterkommission (ÖROK) am 28. September 2006 beschlossen und durch die Europäische Kommission am 20. Dezember 2006 für den Zeitraum 2007-2013 genehmigt. Eine grafische Darstellung der Gebiete wird im Anhang beigelegt.

Durch Maßnahmen wie Investitionsanreize mittels Förderungen, Schaffen von infrastrukturellen Rahmenbedingungen, u.a.m. soll die Attraktivität dieser Regionen gehoben werden. Im Gegenzug stützen die angesiedelten Unternehmen die Finanzkraft dieser Gebiete, indem sie das Steueraufkommen erhöhen, Arbeitsplätze schaffen, etc.

⁴⁷ http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/compilation/a_01_12_09_de.pdf, Absatz 3, Zugriff 29.04.2010

Beihilfeintensitäten der AGVO:

Förderschwerpunkt	Kleinstunternehmen	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen
Investitionen	max. 20 %	max. 20 %	max. 10 %	0 %
Investitionen im Regionalfördergebiet	max. 35 %	max. 35 %	max. 25 %	max. 15 %

Tabelle 2: Beihilfeintensität der AGVO, eigene Darstellung

Die Bestimmungen der AGVO nehmen Einfluss auf folgende Beihilfen:

- Regionalbeihilfen
- Investitions- und Beschäftigungsbeihilfen für KMU
- Beihilfen für Frauen als Unternehmerinnen
- Umweltschutzbeihilfen
- KMU-Beihilfen für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten und für die Teilnahme an Messen
- Risikokapitalbeihilfen
- Beihilfen für Forschung und Entwicklung und Innovation
- Ausbildungsbeihilfen
- Beihilfen für benachteiligte und behinderte Arbeitnehmer

Vorübergehender Gemeinschaftsrahmen („Österreichregelung Kleinbeihilfen“)

Die enorme Dimension der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hat die EU veranlasst, Unternehmen den Zugang zu Beihilfen zu erleichtern bzw. die Intensität unter gewissen Voraussetzungen zu erhöhen.

Zusammengefasst wurden die Regelungen im „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise“.⁴⁸

⁴⁸ Vgl. http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/atf_de.pdf, Zugriff 25.08.2009

Die sogenannte „Österreichregelung Kleinbeihilfen“ ist eine vorübergehende Maßnahme, die bis 31. Dezember 2010 befristet ist, und betrifft folgende Beihilfen, die als Bundesregelung unter N47/2009 bei der Europäischen Kommission registriert und in weiterer Folge aufgegliedert wurden:⁴⁹

- Mit dem Gemeinsamen Markt vereinbare begrenzte Beihilfen (N47a/2009),
- Zinsermäßigungen (N47b/2009),
- Subventionierte Garantien (N47c/2009),
- Risikokapital (N47d/2009) und
- Grüne Produkte (N47e/2009).

Die Summe der Beihilfen aus dieser Position darf den Bruttobetrag von EUR 500.000,00 (inklusive „De-minimis“-Beihilfen) innerhalb des Zeitraumes vom 01. Jänner 2008 bis 31. Dezember 2010 nicht überschreiten. Für Beihilfen, die keine Zuschüsse sind, ist wieder das Bruttosubventionsäquivalent zu ermitteln.

Ausgenommen sind im Wesentlichen die gleichen Branchen wie bei den „De-minimis“-Beihilfen sowie Unternehmen, die vor dem 01. Juli 2008 in Schwierigkeiten im Sinne Art. 1 Abs. 7 AGVO waren, und Unternehmen, die im Bereich Fischerei und der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätig sind.

Einzelfallgenehmigungen für Großvorhaben

Die Einzelfallgenehmigung (Einzelnotifizierung) einer Beihilfe bei der Generaldirektion Wettbewerb der EU-Kommission ist dann erforderlich, wenn die Beihilfe nicht im Rahmen bestehender, gesetzlicher Vorgaben abgewickelt werden kann. Dies gilt für „Große Investitionsvorhaben“, deren förderfähige Kosten EUR 50 Millionen im Bereich von Investitionsvorhaben sowie abgestufte Beträge in den unterschiedlichen Bereichen der Forschungsförderung überschreiten.⁵⁰

⁴⁹ Vgl. www.sfg.at/downloads/docs/4737_oesterreichregelung_kleinbeihilfen.pdf, Absatz 1, Zugriff 26.08.2009

⁵⁰ Vgl. Rieger, H./Platzer A.: a.a.O., S. 36

3.2. Förderstellen und deren Instrumente

Die durch die EU-Gesetzgebung ermöglichten Fördermaßnahmen dienen in erster Linie der Strukturverbesserung der Wirtschaft. Die Unterstützung durch Fördermittel soll Impulse für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung geben, weiters stehen Innovation und Umweltmaßnahmen im Fokus der Maßnahmen.

„Industrieansiedelungen werden [daher] im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung und der regionalen Wirtschaftspolitik als Instrument zur Erreichung politischer Ziele angesehen.“⁵¹

In Österreich werden industrielle Investitionen in der Regel nicht von Gebietskörperschaften getätigt. Es wird jedoch auf EU-, Bundes- und Landesebene angelehnt an die gesetzlichen Vorgaben versucht, durch geeignete Instrumente die Standortwahl zu beeinflussen. Um diese Ziele erfüllen zu können, wurden Fördereinrichtungen geschaffen, die sich jeweils auf Teilbereiche bzw. eigene Zielgruppen spezialisiert haben und dabei den bereits angeführten rechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen. Großteils sind diese Einrichtungen des Bundes. In den Bundesländern gibt es zum Teil eigene Einrichtungen, oder Beihilfen werden über die jeweiligen Landesregierungen abgewickelt.

Als wesentliche Ziele können definiert werden:⁵²

1. Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze
2. Sicherung und Erhöhung der Wirtschafts- und Finanzkraft der Kommunen
3. Verbesserung der Wirtschaftsstruktur

In der Regel dominiert das Arbeitsplatzziel. Dies deshalb, weil damit auch die Entstehung von Einkommen einhergeht.

⁵¹ Spehl: Wirkungen von Industrieansiedelungen, Berlin 1977, S. 1

⁵² Vgl. Richter, Michael: Regionalisierung und interkommunale Zusammenarbeit: Wirtschaftsregionen als Instrument kommunaler Wirtschaftsförderung, Wiesbaden, S. 22

Im folgenden Abschnitt werden die grafisch dargestellten Förderstellen mit ihren Aufgaben und Instrumenten vorgestellt. Ausgenommen von einer näheren Betrachtung sind die Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. und die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH, da diese im Bereich Investitionsförderung von Gewerbe und Industrie keine Rolle spielen.

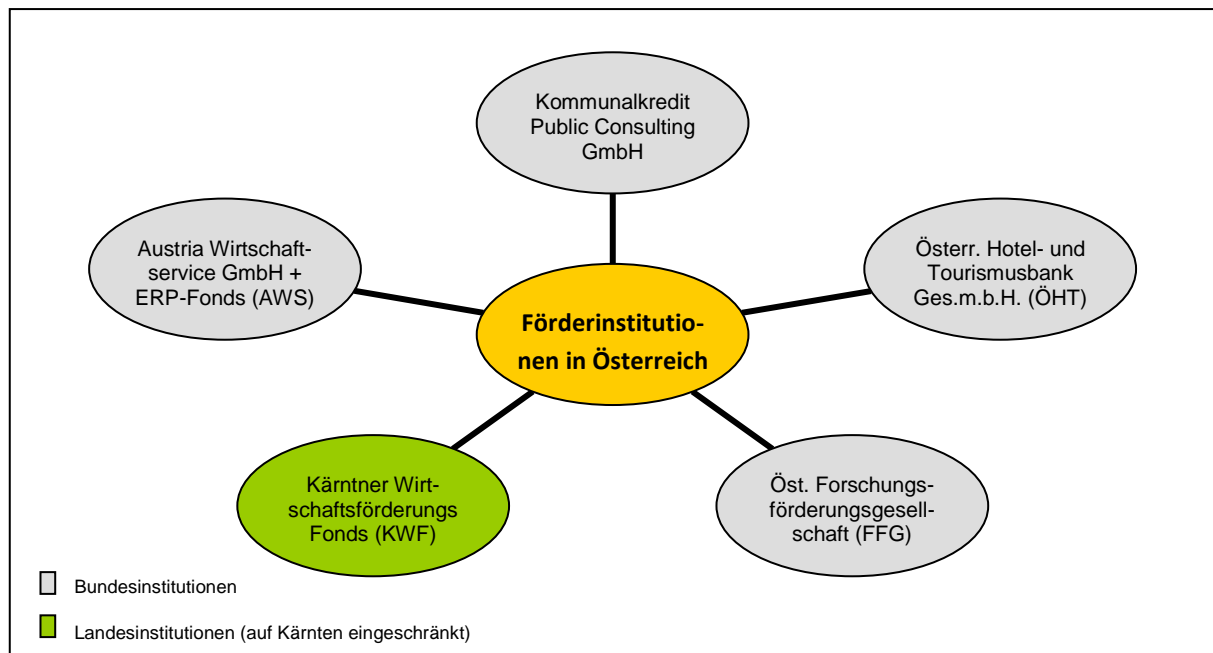


Abbildung 3: Förderinstitutionen Österreichs im Überblick, eigene Darstellung

Der Vollständigkeit halber seien noch drei andere Kärntner Einrichtungen erwähnt:

- Entwicklungsagentur Kärnten GmbH
- Kärntner Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.
- Kärntner Tourismus Holding G.m.b.H.

Alle drei Gesellschaften erfüllen Spezialaufgaben in ihrem Bereich, vergeben allerdings keine Fördermittel. Dies ist in Kärnten ausschließlich dem KWF vorbehalten.

Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS)

Mit Wirkung 01. Jänner 2002 wurde die Austria Wirtschaftsservice GmbH errichtet. Basis für die Errichtung ist das 130. Bundesgesetz oder Austria Wirtschaftsservice-Errichtungsgesetz. In der neu errichteten Förderbank wurden zwei langjährige Fördergesellschaften verschmolzen - die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mit be-

schränkter Haftung und die BÜRGES Förderungsbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung – und ihre Aufgaben wurden neu definiert.

Als Kernaufgabe der AWS kann *„die Vergabe und die Abwicklung von unternehmensbezogenen Wirtschaftsförderungen des Bundes sowie die Erbringung sonstiger, im öffentlichen Interesse liegender Finanzierungs- und Beratungsleistungen“*⁵³ gesehen werden. Ziel ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Österreich. Als besonderen Schwerpunkt soll sie Wert auf Technologie- und Innovationsförderung als Basis für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung, Standortsicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen legen.

Neben der Vergabe und Abwicklung von Beihilfen wurden der Gesellschaft folgende Aufgaben zugeteilt:

- Innovationsvermittlung und Innovationsberatung – dabei sollen die Aufgaben der Innovationsagentur fortgeführt werden, die ebenfalls in die AWS integriert wurde.
- Vergabe von Finanzierungen nach dem Garantiesetz
- Abwicklung der Arbeitsmarktförderung
- Erfüllung der Aufgaben des ERP-Fonds
- Beratungsfunktion gegenüber dem Bund sowie die Planung und Umsetzung von Vorschlägen von Mehrjahresprogrammen, die vom Bundesminister genehmigt wurden.

Die AWS ist dabei berechtigt, für ihre Leistungen ein Entgelt zu verrechnen.

Förderwerber können im Grunde alle Unternehmen sein, die der Wirtschafts- oder Ziviltechnikerkammer angehören mit Ausnahme der Sparte Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Die Instrumente reichen dabei von Förderung mittels Zuschüssen, über die Vergabe von Haftungen und Garantien für unterschiedliche Projekte bis zu allgemeinen Beratungsleistungen.

⁵³ <http://www.awsg.at/portal/media/1058.pdf>, §2 (1) Aufgaben der Gesellschaft, Zugriff 27.08.2009

Instrumente

Die Fördermöglichkeiten der AWS sind sehr umfangreich. Daher werden die für Investitionsvorhaben wesentlichen Instrumente näher erläutert, andere nur im Sinne der Vollständigkeit angeführt.

a. Haftungen

Die AWS soll durch die Vergabe von Haftungen die Finanzierungssituation von Unternehmen, sowohl neu gegründeten als auch bestehenden, verbessern. Dies erfolgt über zwei Arten von Haftungen:

- *KMU-Haftungen*

Zielgruppe sind Kleine und Mittlere Unternehmen gemäß EU-Definition. Die Haftung wird für Investitions- (auch Unternehmenskäufe/-nachfolgen) und Betriebsmittelkredite bis EUR 2,5 Mio. übernommen, wobei bei Kombination dieser Finanzierungsformen im Einzelfall eine Obergrenze von EUR 2 Mio. gilt. Fünf Jahre gelten als die maximale Laufzeit für die Behaftung von Betriebsmitteln, zehn Jahre für Investitionen. Die Garantiequote beläuft sich auf bis zu 80 % des eingeräumten Kredites.

Die AWS verrechnet für die Übernahme ein einmaliges Bearbeitungsentgelt sowie ein risikoabhängiges Haftungsentgelt ab 0,6 % p.a.⁵⁴

- *Garantien (auf Basis Garantiegesetz 1977 in der geltenden Fassung)*

Diese stehen auch Großunternehmen offen. Die förderbaren Projekte können die Errichtung, Erweiterung oder Modernisierung eines Betriebs in Österreich, Forschung oder Forschungsüberleitung, aber auch den Kauf von Unternehmen oder Beteiligungen zum Ziel haben. Die Ausgestaltung sowie die Kosten der Garantien weichen etwas von denen der KMU-Haftungen ab. Die Quote ist mit in der Regel 80 % gleich.⁵⁵

⁵⁴ Vgl. <http://www.awsg.at/portal/media/3893.pdf?PHPSESSID=a7cf3702d2fbd404c285d8b1ed031563>, Zugriff 03.09.2009

⁵⁵ Vgl. <http://www.awsg.at/portal/media/3753.pdf>, Zugriff 03.09.2009

Bei beiden Besicherungsinstrumenten handelt es sich um Ausfallhaftungen. D.h. der Garantiennehmer (= das finanzierende Kreditinstitut) kann die AWS erst aus der Haftung in Anspruch nehmen, wenn die Eröffnung oder Abweisung des Konkursverfahrens stattgefunden hat, oder ein Ausgleichsverfahren eröffnet wurde.

Neben Haftungen für obige Zwecke gibt es sie auch für die Stabilisierung von Unternehmen, Überbrückungsfinanzierungen (vorläufig bis 31. Oktober 2010), Eigenkapitalstärkung und Internationalisierung. Deren Parameter sind ähnlich den bereits dargestellten; Unterschiede sind in der Höhe der Entgelte und der Haftungsquoten gegeben.

b. Zuschüsse

Neben Haftungen fördert die AWS auch mittels Gewährung von nicht-rückzahlbaren Zuschüssen. Diese Möglichkeit steht jedoch nur KMUs zur Verfügung und wird für die Sparte „Gewerbe und Industrie“ über zwei Programme abgewickelt:

- *KMU-Innovationsförderung „Unternehmensdynamik“*

In diesem Förderprogramm soll die Bereitschaft bestehender oder neu gegründeter Unternehmen gestärkt werden, Investitionen in Innovationen und Wachstum zu tätigen. Für die Gewährung eines Zuschusses muss ein Investitionsprojekt entweder die Erzeugung/Erbringung neuer, innovativer oder qualitativ höherwertiger Produkte/Dienstleistungen zur Folge haben, im Zusammenhang mit für das Unternehmen neuen Technologien stehen, oder zum Aufbau von Kooperationen oder Netzwerken führen.

Zur Beurteilung der Förderwürdigkeit werden nachfolgende Kriterien (gewichtet) herangezogen:

- Unternehmenswachstum der letzten drei Jahre (10 %)
- Auswirkung auf die zukünftige Beschäftigtenzahl (15 %)
- Innovationsgrad des Projektes für das Unternehmen (50 %)
- Investitionshöhe im Vergleich zur laufenden Afa (10 %) und
- Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur (15 %)⁵⁶

⁵⁶ Vgl. <http://www.aws.g.at/portal/media/3894.pdf>, Zugriff 03.09.2009

Die Förderhöhe beläuft sich auf 5 % für materielle und immaterielle Investitionen im Rahmen der Basisprämie bzw. 10 % im Rahmen der Plusprämie bei überdurchschnittlicher Erfüllung obiger Kriterien.

▪ *Jungunternehmerförderung*

Ziel dieses Förderprogramms ist die Unterstützung von Neugründungen bzw. Übernahmen von gewerblichen, kleinen Unternehmen. Um als Jungunternehmer zu gelten, sind folgende Kriterien zu erfüllen:

- die Gründung kann längstens drei Jahre zurückliegen (maßgebend ist die Einreichung des Förderungsansuchens); Ausübung einer erstmaligen wirtschaftlich selbständigen Tätigkeit. Dieses Kriterium ist auch erfüllt, wenn in den letzten fünf Jahre vor Gründung/Übernahme eine selbständige Tätigkeit ausgeübt wurde; bei Gesellschaften muss der Jungunternehmer mindestens zu 25 % beteiligt sein und die unternehmensrechtliche Geschäftsführung inne haben.
- Aufgabe der unselbständigen Tätigkeit
- Sitz des Unternehmens muss sich in Österreich befinden, die Rechtsform ist nicht relevant.⁵⁷

Sind diese Kriterien erfüllt, werden materielle und immaterielle Investitionen mit einem Zuschuss von 10 % gefördert. Die Bank wird durch eine gewährte Jungunternehmerförderung durch Zinssatzobergrenzen für die entsprechenden Finanzierungen beschränkt.

Für beide Programme gilt, dass der Kauf von Fahrzeugen (überwiegend für Transportzwecke), unbebauten Grundstücken (oder anteiligen Grundstückskosten bei bebauten Grundstücken) nicht mit Prämie gefördert werden kann. Sehr wohl wären aber Haftungen möglich.

Da es sich bei Fördergeldern um Steuergelder handelt, ist natürlich auch eine plausible Erfolgchance des Unternehmens bzw. des Projektes für eine positive Förderentscheidung Voraussetzung.

⁵⁷ Vgl. <http://www.awsg.at/portal/media/3890.pdf>, Zugriff 15.09.2009

ERP-Fonds

Der ERP-Fonds wurde 1962 gegründet und verwaltet Mittel aus Kapitalzuwendungen des Marshall-Planes der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Aufgabe des Fonds ist rechtlich im ERP-Fonds-Gesetz geregelt und wird dort wie folgt definiert:

„Der Fonds hat die Aufgabe, den Ausbau, die Rationalisierung und die Produktivität der österreichischen Wirtschaft insbesondere durch Unterstützung und Anregung der produktiven Tätigkeit und des Warenaustausches zu fördern und dadurch auch zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und zur Erhöhung des Sozialproduktes unter Beachtnahme auf die Stabilität des Geldwertes beizutragen.“⁵⁸

Zielgruppe sind Unternehmen der folgenden Branchen:

- Industrie
- Produzierendes Gewerbe
- Produktionsbezogene Dienstleistungen
- Tourismuswirtschaft mit Gewerbeberechtigung
- Land- und Forstwirtschaft
- Verkehrswirtschaft

Instrumente

Die Förderung erfolgt durch die Vergabe von zinsbegünstigten Krediten mit Fixzinsätzen im Ausmaß von 40-70 % der Projektkosten, wobei sich der Fonds bei der Durchführung der Maßnahmen Kreditinstituten bedient, die mittels Treuhandverträgen zur Abwicklung der Kredite ermächtigt werden. Dabei sind diese an die Bestimmungen des ERP-Fonds-Gesetzes, des jeweiligen Treuhandvertrages sowie den Bestimmungen in der pro Kredit ausgestellten Kreditzustimmungserklärung (Bewilligung des ERP-Kredites durch den ERP-Fonds) gebunden. In Österreich gibt es derzeit 20 Treuhandbanken.

⁵⁸ ERP-Fonds-Gesetz: §1 (2), Wien 1962

Die folgende Darstellung veranschaulicht zwei Beispiele für die klassische Gestaltung von ERP-Krediten. Eine vollständige Übersicht der möglichen ERP-Finanzierungen und ihren Konditionen befindet sich im Anhang.

	Ausnützungszeit		Tilgungsfreie Zeit		Tilgungszeit		Barwert
	Jahre	Fixzins-satz	Jahre	Fixzins-satz	Jahre	Fixzins-satz	
KMU-Förderung	0,5	0,5	2	0,5	4	1,5	4,4 %
KMU-F. lange Laufzeit	0,5	0,5	2	0,5	8	1,75	4,4 %

Tabelle 3: ERP-Zinssätze per 25.04.2010, eigene Darstellung⁵⁹

Erläuterung zur Abbildung:

Wie in den vorangegangenen Ausführungen angemerkt, müssen Förderungen, die nicht Zuschüssen entsprechen, die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents zulassen, um als „transparent“ im Sinne der EU-Vorgaben zu gelten. Dieses wird durch den in der Tabelle angegebenen Barwert ausgedrückt und soll den Zinsvorteil des ERP-Kredites gegenüber einer herkömmlichen Bankfinanzierung widerspiegeln. Da sich die Marktzinsen ständig ändern, wird auch der Barwert immer wieder den aktuellen Marktgegebenheiten angepasst.

Die AWS und des ERP-Fonds haben seit einigen Jahren denselben Geschäftssitz und eine gemeinsame Geschäftsführung.

Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF)

Der KWF ist die Förderstelle des Landes Kärnten. Er wurde auf Basis des Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetzes (K-WFG, LGBl Nr. 6/1993) als gemeinnütziger Fonds

⁵⁹ Vgl. <http://www.awsg.at/portal/index.php?x=341&n=345>, Zugriff 25.04.2010

mit eigener Rechtspersönlichkeit gegründet. In § 1 des Gesetzes ist wie folgt definiert:

„Dieses Gesetz hat die Ziele, die Wirtschaft in Kärnten zu fördern und eine wachstumsfördernde, beschäftigungsschaffende sowie ökologisch verträgliche Wirtschaftsentwicklung zu sichern, die regionale Wertschöpfung anzuheben, die Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Wirtschaft und eine ausgewogene regionale Entwicklung zu verbessern.“⁶⁰

Es ist die Aufgabe des KWF, die Zielsetzungen des Gesetzes zu erfüllen. Ausgenommen sind die Bereiche der Land- und Forstwirtschaft, die Förderung kultureller Tätigkeiten (außer es handelt sich um Veranstaltungen mit touristischer Umwegrentabilität) und Investorenakquisition/-betreuung, Standortmarketing etc.

Die Geschäftsfelder des KWF sind:

- GF I: Beratung und Basisförderung
- GF II: Unternehmensgründung und Betriebsansiedlung
- GF III: Infrastruktur und Regionalentwicklung
- GF IV: Technologiefonds
- GF V: Restrukturierung und Rettungsbeihilfen

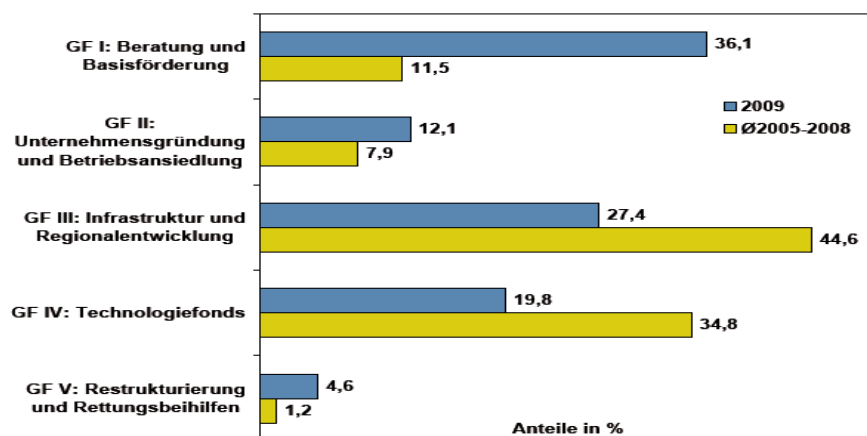


Abbildung 4: Verteilung der KWF-Förderbarwerte nach Geschäftsfeldern⁶¹

⁶⁰ http://www.kwf.at/de/service/KWFG_59-2006.pdf, Zugriff 12.08.2009

⁶¹ KWF-Jahresbericht 2009, S. 56

Da das Aufgabengebiet sichtlich umfangreich ist, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Themenstellung dieser Bachelor-Arbeit.

In der Regel stellt die gleichzeitige Einreichung eines Förderprojektes bei einer Bundesförderstelle eine Voraussetzung für die Förderung durch den KWF dar. Diese Vorgangsweise ist notwendig, um das begrenzte Budget einhalten zu können und trotzdem hohe Förderquoten für den Förderungsnehmer zu erreichen.

Der KWF fördert Investitionsprojekte sowohl im Rahmen sog. „Anschlussförderungen“ als auch mit eigenen Richtlinien.

Anschlussförderung

Im Rahmen dieser Förderungen übernimmt der KWF die Entscheidung der jeweiligen Bundesförderstelle ohne eigens durchgeführte Detailprüfung. Neben durch Bundesförderstellen abgelehnten Projekten können auch Unternehmen in Schwierigkeiten (gemäß EU-Definition) nicht auf Basis der Anschlussförderung unterstützt werden.

Folgende Bundesförderprogramme sind Basis für eine Anschlussförderung:⁶²

- AWS: Jungunternehmer-Förderung (einschließlich Gründungs- und Nachfolgebonus)
- AWS: Innovationsförderung „Unternehmensdynamik“ für KMU-Prämienförderung
- ÖHT (Österreichische Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. – ausschließlich für Tourismus- und Freizeitbetriebe): TOP Tourismus-Förderung 2007-2013
- ÖHT: Jungunternehmerförderung in der Tourismus- und Freizeitwirtschaft 2007-2013
- ÖHT: Richtlinie ERP-Tourismuszirtschaft

⁶² Vgl. http://www.kwf.at/de/fpg/P_Impulsprojekte.pdf, Zugriff 08.09.2009

Programm	Bundesförderung	KWF-Anschlussförderung
AWS - Jungunternehmer	10,00 %	5,00 %
AWS - Unternehmensdynamik	5,00 %	5,00 %
ÖHT - Top-Tourismus	5,00 %	5,00 %
Ersatzinvestitionen	2,50 %	2,50 %
Infrastruktur	3,75 %	3,75 %
ÖHT - Jungunternehmer	5,00 %	5,00 %
ÖHT - ERP-Tourismus	Zinsgünstiges Darlehen	Ergänzung durch Zuschuss

Tabelle 4: Anschlussförderungen durch den KWF, eigene Darstellung

Um anspruchsvolle Projekte mit höheren Quoten fördern zu können, hat der KWF zusätzlich Richtlinien geschaffen:

- *Investitionen von Dynamischen Unternehmen in Gewerbe und Industrie*

Die Förderung kann im Rahmen dieses Programms bis zu 20 % (inklusive Bundes- bzw. EU-Förderungen) erreichen und erfolgt in Form von Zuschüssen. Es werden überwiegend Unternehmen im Bereich Maschinen- und Anlagenbau, Elektronik, Software und Datenkommunikation, Holzverarbeitung und produktionsnahen Dienstleistungen gefördert. Das beantragende Unternehmen hat ein schlüssiges Konzept vorzulegen, welches anhand folgender Kriterien überprüft wird:⁶³

- Innovations- und Technologieorientierung des Projektes bzw. des Unternehmens
- Unternehmens- und Beschäftigtenwachstum
- Unternehmerische Kompetenz und Wettbewerbsfähigkeit
- Förderbare Kosten im Vergleich zur laufenden Afa

⁶³ Vgl.

http://www.kwf.at/de/fpg/P_Investitionen_von_Dynamischen_Unternehmen_in_Gewerbe_und_Industrie.pdf,
Zugriff 09.09.2009

Je mehr Kriterien erfüllt werden, desto höher kann gefördert werden. Die Projektkosten müssen bei Kleinstunternehmen mindestens EUR 50.000,00 bzw. EUR 25.000,00 bei produktionsnahen Unternehmen erreichen.

▪ *Investitionen in Leitprojekte in Gewerbe und Industrie*

Als Zielgruppe dieses Programms können Unternehmen derselben Branchen wie im zuvor angeführten Programm gesehen werden. Jedoch wird der Begriff „Leitprojekt“ folgendermaßen konkretisiert:⁶⁴

- Ganzheitliche Unternehmensentwicklung
- Internationale Wettbewerbsfähigkeit
- Regionale wirtschaftliche Auswirkungen
- Strategische Erfolgspotenziale (in Bezug auf Technologie, Innovation und Wirtschaftlichkeit des Projektvorhabens)

Die Förderung kann im Regelfall bis zu 20 % (inkl. Bundes- bzw. EU-Förderungen) erreichen, bei Betriebsansiedelungen maximal 25 % der förderbaren Kosten.

Die Investition muss mindestens einen Betrag von EUR 1.000.000,00 bzw. mindestens die Höhe der durchschnittlichen Normal-Afa der letzten zwei Geschäftsjahre inkl. Miet- und Leasingaufwendungen erreichen.

Die Förderkriterien sind wieder ähnlich dem Programm „Investitionen von Dynamischen Unternehmen von Gewerbe und Industrie“ zuzüglich der Beurteilung der Exporttätigkeit und Internationalisierung.

▪ *Kleinstunternehmen*

Dieses Programm gilt – wie schon der Name ausdrückt – ausschließlich für Kleinstunternehmen unterschiedlicher Branchen, darunter auch Gewerbe. Die Förderung erfolgt durch Zuschüsse im Ausmaß von

- 20 % der förderbaren Kosten in Höhe von maximal EUR 25.000,00 für Investitionen in das Anlagevermögen
- EUR 4.000,00 pro geschaffenem Ganzjahresarbeitsplatz (Vollzeitäquivalent) im Zusammenhang mit der Investition (maximal drei Arbeitsplätze exklusive Lehrlinge)

⁶⁴ http://www.kwf.at/de/fpg/P_Investitionen_in_Leitprojekte_in_Gewerbe_und_Industrie.pdf, Zugriff 09.09.2009

- 50 % der Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen für den Unternehmer – Höchstgrenze EUR 2.000,00⁶⁵

- **Strategische Projektentwicklung (Finanzierung)**

Der KWF vergibt im Rahmen dieses Programms ein Darlehen in Höhe von maximal 30 % der förderbaren Projektkosten mit einer Laufzeit von maximal 12 Jahren. Das Projekt muss eine außergewöhnliche finanzielle Belastung für das Unternehmen darstellen und soll einen wirtschaftlichen Vorteil für Kärnten erwarten lassen. Die Projektkosten müssen mindestens eine Höhe von EUR 800.000,00 erreichen.

Bei allen genannten Programmen sind Kosten für den Erwerb von Grundstücken, die Anschaffung von Verkehrs- und Transportmitteln sowie der Kauf von gebrauchten Wirtschaftsgütern als nicht förderbare Kosten zu betrachten.

Konjunkturpaket Kärnten 2009 – 2010

Um der globalen Wirtschaftskrise entgegen zu wirken, wurden befristete Zusatzprogramme geschaffen, die vom KWF abgewickelt werden und auf vier Säulen aufbauen:

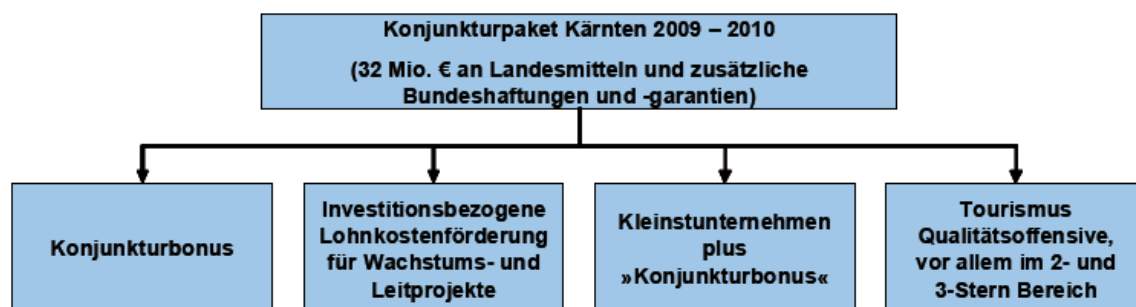


Abbildung 5: Aufbau des Konjunkturpakets Kärnten⁶⁶

- **Konjunkturbonus:**

Zusätzlich zu den sonst eingeräumten Förderquoten ausbezahlt, nach dem Da-

⁶⁵ Vgl. http://www.kwf.at/de/fpg/P_Kleinstunternehmen.pdf, Zugriff 09.09.2009

⁶⁶ KWF-Jahresbericht 2009, S. 71

tum der Einreichung des Projektes gestaffelter Zuschuss des KWF unter Berücksichtigung der beihilferechtlichen Höchstgrenzen. Folgende Aufteilung war vorgesehen:

- Anträge im Zeitraum 01. Jänner bis 30. Juni 2009: 8,0 % zusätzlicher nicht rückzahlbarer Zuschuss
- Anträge im Zeitraum 01. Juli bis 31. Dezember 2009: 5,0 % zusätzlich
- Anträge ab 01. Jänner 2010 bis 31. Dezember 2010: 3,5 % zusätzlich

Im Zuge des Verfassens dieser Arbeit wurden die für den Konjunkturbonus budgetierten Mittel in Höhe von EUR 14 Mio an 1.747 Projekte vergeben und damit frühzeitig zur Gänze ausgeschöpft. Der Konjunkturbonus wurde daher mit 01. November 2009 eingestellt.

- Investitionsbezogene Lohnkostenförderung für Wachstums- und Leitprojekte: Wird ein Investitionsprojekt durchgeführt, das zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt, können die Lohn- und Gehaltskosten unter bestimmten Voraussetzungen gefördert werden. Die beihilferechtlichen Höchstgrenzen können mit diesem Zusatzprogramm besser ausgeschöpft werden.
- Eine Ausweitung oben erwähnten Programms „Kleinstunternehmen“
- Tourismus Qualitätsoffensive mit der Zielgruppe 2- und 3-Stern-Betriebe: eine Förderung, die in Form von Ausschreibungen an Betriebe vergeben wird.

Details zu den eingesetzten Fördermitteln des KWF werden im nächsten Teil näher dargestellt.

Kommunalkredit Public Consulting GmbH

Ziel der Kommunalkredit Public Consulting GmbH ist die Förderung von Investitionen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Gefördert werden Investitionsmaßnahmen von Unternehmen aller Branchen, vor allem in den Bereichen Einsatz erneuerbarer Energieträger, effizienter Energieeinsatz und betriebliche Mobilitätsmaßnahmen (umweltrelevant), aber auch Projekte, die zu einer Verringerung von gefährlichen Abfällen, Luftemissionen oder betrieblichem Lärm beitragen.

Die Förderung erfolgt durch – im Vergleich zu den bereits angeführten Investitionsförderungen (AWS, KWF) – hohe Zuschüsse, die in der Regel 20-30 % der förderba-

ren umweltrelevanten Kosten betragen und in Kombination mit Förderungen des Landes Kärnten diese Quote noch übersteigen können. Die tatsächliche Höhe hängt von der jeweiligen Maßnahme ab.

Die Kommunalkredit Public Consulting GmbH konnte im Jahr 2009 EUR 7,7 Mio an 379 Förderfälle vergeben.⁶⁷

Zusätzliche Maßnahmen der EU

Die EU-Kommission bündelt beschlossene Fördermaßnahmen und -zielsetzungen in sogenannten „Rahmenprogrammen“ und mehreren Strukturfonds. Sie haben zumeist eine Laufzeit von mehreren Jahren, im Fall der aktuell gültigen Periode 2007-2013. Mehr Beschäftigung und Wachstum für alle Regionen und Städte der EU kann als Kernbotschaft dieser Maßnahmen angesehen werden.⁶⁸

Neben Auswirkungen auf die bereits angeführten Richtlinien und Rahmenbedingungen ermöglichen diese Programme die Durchführung zielgerichteter Fördermaßnahmen. Eine detaillierte Beschreibung würde an dieser Stelle zu weit führen, daher werden die gültigen Strukturfonds nur mit den jeweiligen Hauptzielen angeführt:

- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE): Ziel ist der Abbau von regionalen Ungleichgewichten. Die Mittel werden beispielsweise zur Kofinanzierung bei großen Investitionsprojekten zusätzlich zu den regionalen Fördermitteln verwendet.
- Europäischer Sozialfonds (ESF): Ziele sind z.B. die Steigerung der Anpassungsfähigkeit von ArbeitnehmerInnen und Unternehmen zur Bewältigung des Wirtschaftswandels, Verbesserung der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen und Bekämpfung von Diskriminierung, Stärkung des Humankapitals, uvm.
- Kohäsionsfonds: Finanziert und fördert transeuropäische Verkehrsnetze (TEN) sowie Maßnahmen, die dem Umweltschutz dienen.

⁶⁷ Vgl. KWF-Jahresbericht 2009, S. 39

⁶⁸ Vgl. Rieger, H./Platzer A.: a.a.O., S. 112 ff.

Im Rahmen der Strukturfonds gibt es weitere Unterteilungen für das gezielte Setzen von Förderschwerpunkten.

3.3. Umsetzung der Fördertheorie in der Praxis

Das folgende Beispiel soll das Gesamtverständnis der umfangreichen theoretischen Ausführungen verbessern.

Ausgangssituation:

- Mittleres Unternehmen mit Sitz in St. Veit/Glan, Kärnten
- Gesamtinvestitionsvolumen EUR 3.000.000,00 (Nettokosten), wie folgt aufgegliedert:
 - Grundstück EUR 300.000,00
 - 3 Firmen-PKWs EUR 75.000,00
 - Hallenbau EUR 800.000,00
 - Maschinelle Investitionen EUR 1.825.000,00
- Einreichung im zweiten Halbjahr 2009
- Ein ERP-Kredit in Höhe von 50 % der förderbaren Kosten wird angestrebt – aktueller Barwert der ERP-Kredite für Regionalförderung 5,6 %.

Bewertung:

- St. Veit/Glan ist Regionalfördergebiet, ein Mittleres Unternehmen kann an diesem Standort gemäß AGVO maximal 25 % Förderung erhalten.
- Nicht förderbare Kosten: Grundstück und Firmen-PKWs
- Förderbare Kosten: Hallenbau sowie Maschinen in Höhe von EUR 2.625.000,00
- Die Bewertung durch den KWF auf Basis eines vorgelegten Unternehmenskonzeptes ergibt eine Förderquote von insgesamt 17 % (inklusive Bundesförderung) zuzüglich 5 % Konjunkturbonus = 22 %.

Mögliche Zusammensetzung der Förderung:

			Finanzierung	Barwert	
			in EUR	in EUR	in %
ERP-Kredit			1.300.000,00	72.800,00	2,77
Nicht rückzahlbarer Zuschuss des KWF			504.700,00	504.700,00	19,23
Sonstige Kredite bzw. Eigenkapital			820.300,00		
Investitionsprojektkosten			2.625.000,00	577.500,00	22,00

Tabelle 5: Förderkalkulation, eigene Darstellung

Erläuterung:

Der Barwert des ERP-Kredites richtet sich nach der Kreditquote. In diesem Beispiel ergibt sich ein Barwert in Höhe von 2,77 %, weil ein Kredit im Ausmaß von 49,52 % der förderbaren Kosten eingeräumt wird.

4. Die Wirkung von Förderungsmaßnahmen

Ockenfels stellte fest, dass zur Beeinflussung der Standortwahl eingesetzte Subventionen nur ergänzenden Charakter haben. Nur, wenn wesentliche Anforderungen an den Standort erfüllt sind, würden Sie dessen Attraktivität fördern.⁶⁹

Nach den theoretischen Grundlagen zum Thema Standort und Förderungen soll in diesem Kapitel gemäß der Themenstellung dieser Arbeit auf die realen Wirtschaftsdaten im Bundesland Kärnten eingegangen werden. Dies erfolgt nach Darstellung von allgemeinen Auswirkungen der Förderpolitik durch den statistischen Vergleich der Jahre 2008 und 2009, also vor und nach Einführung der Konjunkturmaßnahmen.

4.1. Allgemeine Wirkungen

Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unterliegen nicht nur Kosten-Nutzen-Vergleichen, sondern es bedarf vielmehr der Betrachtung des gesamtwirtschaftlichen Nutzens. Die Wirkungen von Betriebsansiedelungen lassen sich unterschiedlich systematisieren:⁷⁰

Direkte Wirkungen

Dazu zählen

- Beschäftigungswirkungen
- Einkommensauswirkungen: Einkommen für bislang Arbeitslose, Einkommensveränderungen für Arbeitsplatzwechsler, etc.
- Wirkungen über Bezugs- und Absatzverflechtungen
- Wirkungen auf öffentliche Haushalte: erhöhtes Steueraufkommen
- Wanderungsauswirkungen

⁶⁹ Ockenfels, Hans Dieter: Regionalplanung und Wirtschaftswachstum, Köln 1969, S.137

⁷⁰ Vgl. Spehl, Harald: Wirkungen von Betriebsansiedelungen, Trier 1976, S. 2

Folgewirkungen

- Vorleistungsverflechtungen: zusätzliche Produktion in der Region, zusätzliche Betriebsansiedelungen
- Einkommensverwendung: zusätzliche Ausgaben für Konsum oder Sparverhalten
- Öffentliche Haushalte: zusätzliche Maßnahmen im Bereich Infrastruktur
- Attraktions- und Polarisierungseffekte: Anziehen weiterer Betriebe vor- oder nachgelagerter Stufen oder gleicher Branche. In Kärnten wäre der sog. „Solarcluster“ in St. Veit/Glan ein Beispiel dafür.

Eine andere Einteilungsmöglichkeit wäre die Analyse der Geldströme, die dem Betrieb zu- oder abfließen.

Regionale Versorgung ⇨	ABSATZ	⇩	Export
	⇩		
Region	Industrieansiedlung		Rest der Welt
Bezüge	← Vorleistungen →		Importe
Haushalte	← Löhne/Gehälter →		Einpender
Versicherungsträger	← Beiträge zur SV →		Überreg. Versicherungsträger
Gebietskörperschaften	← Steuern →		Überreg. Gebietskörperschaften
Gebietskörperschaften	→ Subventionen ←		Überreg. Gebietskörperschaften
Eigentümer	← Miet/Zins/Pacht →		Eigentümer Rest der Welt
Eigentümer	← Gewinne →		Eigentümer Rest der Welt

Abbildung 6: Zu- und abfließende Geldströme bei angesiedelten Unternehmen ⁷¹

Die Höhe der Wirkungen hängt von der Größe der Region und vom Verhalten der Wirtschaftssubjekte ab.

⁷¹ Spehl, Harald: a.a.O., Seite 3

4.2. Bewertung der Fördermaßnahmen in Kärnten auf Basis von Betriebsansiedlungen

In der Regel unterscheiden sich Regionen innerhalb eines Staates kaum durch harte Standortfaktoren, weil sie zumeist dieselben gesetzlichen Voraussetzungen haben. Um Wirkungen von Förderungen bei Industrieansiedlungen ausmachen zu können, ist aufgrund der unterschiedlichen regionalen Förderakzente in den Bundesländern die Eingrenzung des regionalen Bezugsrahmens notwendig. Der berufliche und persönliche Bezug des Verfassers führten zur folgenden Betrachtung der wirtschaftlichen Gegebenheiten Kärntens.

Unabhängig davon, ob Unternehmen zyklisch oder azyklisch agieren, wird ihre Investitionsbereitschaft neben der regionalen Situation auch von gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Daher wird einführend die Ausgangssituation dieser Jahre dargestellt.

Wirtschaftliche Ausgangssituation

Nachdem die Internet-Blase und der damit verbundene, massive Wirtschaftsabschwung 2001 an Dynamik verloren hatte, begann auch das Wirtschaftswachstum wieder Fahrt aufzunehmen und erreichte nach mehreren wachstumsstarken Jahren schließlich 2007 den vorläufigen Höhepunkt. Beginnend mit der Immobilienkrise in den USA schwächte sich auch das Wirtschaftswachstum wieder ab. Diese Entwicklung setzte sich, nach dem Eintreffen der Finanzkrise in Europa, auch in Österreich fort. Bis Ende des 3. Quartals 2008 konnte Österreich im Gegensatz zu den meisten Ländern der EU ein positives Wirtschaftswachstum halten.⁷²

Am Arbeitsmarkt war im Jahr 2008, bedingt durch das Wachstum in den ersten drei Quartalen, noch ein Rekordwachstum von 2,4 % österreichweit und 2,0 % in Kärnten zu verzeichnen.

⁷² Vgl. KWF-Jahresbericht 2008, S. 9

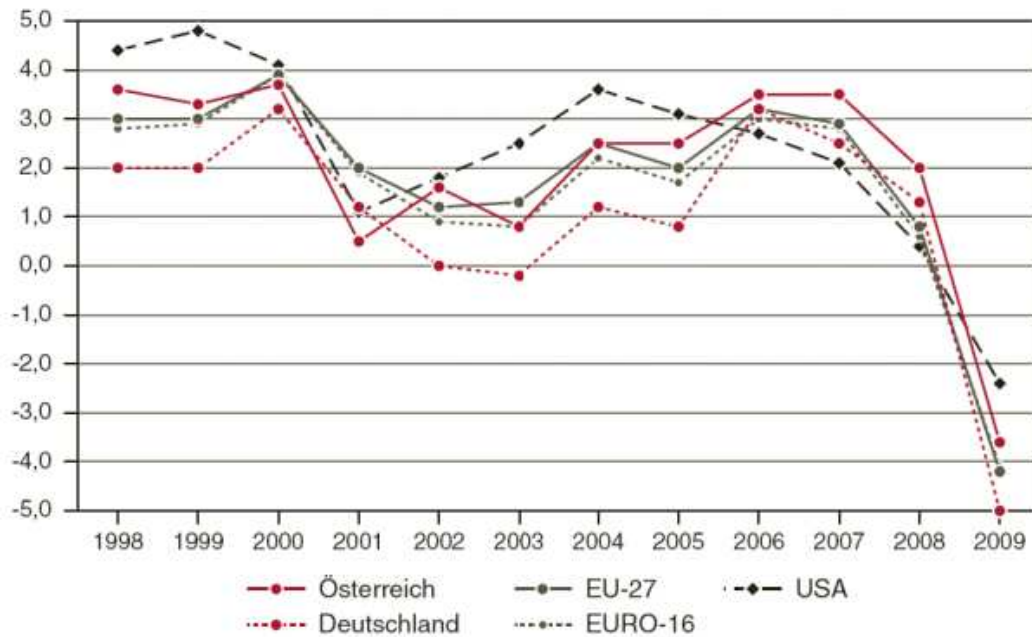


Abbildung 7: Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich⁷³

Die global wirkende, negative Entwicklung erreichte im 1. Quartal 2009 ihren Höhepunkt und erholt sich seit dem nur langsam.

Kärnten lag 2009 mit einem Rückgang von 17,3 % der abgesetzten Produktion gegenüber dem Vorjahr über dem Österreichschnitt von 14,1 %. Der Rückgang war nur in den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich noch deutlicher.

Mit einem Beschäftigungsrückgang von 2,2 % war Kärnten sogar am stärksten von der Rezession betroffen. Vor allem exportorientierte Unternehmen sowie der Produktionssektor (-5,9 %) zeichneten sich dafür verantwortlich.

Die in den vergangenen zwei Jahren herrschenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der wenig optimistische Ausblick auf die kommenden Jahre begünstigt die Bereitschaft zu größeren Investitionen vermutlich nicht. Ob sich dies in Statistiken bestätigt, soll der folgende Abschnitt zeigen.

Betriebsansiedlungsvergleich der Jahre 2008 und 2009 in Kärnten

Ob Betriebe tatsächlich durch erhöhte Förderquoten zur Ansiedlung angeregt werden können, müsste man durch Analyse und Vergleich von Statistiken feststellen können.

⁷³ Statistik Austria, www.statistik.at, Zugriff am 19.04.2010

Das verwendete Zahlenmaterial wird vom KWF jährlich veröffentlicht. Die Daten entstammen der KWF-Förderdatenbank, werden durch die JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft GmbH ergänzt und sind vergleichbar.

Im Jahr 2008 wurden weder neue Förderprogramme ins Leben gerufen, noch gab es Vorzieheffekte, die die Anzahl der Einreichungen und das damit verbundene Zahlenmaterial verfälschen würden. Es kann somit als „normales“ Förderjahr bezeichnet werden und ist für den Vergleich mit dem Ausnahmejahr 2009, in dem die beschlossenen Konjunkturmaßnahmen – speziell die Sonderprogramme „Konjunkturbonus“ und „Investitionsbezogene Lohnkostenförderung für Wachstums- und Leitprojekte“ – die Investitionsbereitschaft in Kärnten anheben sollten, bestens geeignet.

Da sich einige der zuvor genannten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen erst Jahre nach der Unternehmensgründung/-ansiedlung einstellen oder erheben lassen, wurde das Augenmerk auf folgende Informationen im genannten Zeitraum gelegt:

- Geförderte bzw. bewilligte Förderprojekte gesamt und im Bereich Unternehmensgründung/Betriebsansiedlung
- Geschaffene bzw. geplante Neubeschäftigung gesamt und im Bereich Unternehmensgründung/Betriebsansiedlung
- Förderbarwerte

Alle statistischen Daten entstammen den KWF-Jahresberichten 2008 und 2009. Die folgende Interpretation entspricht der Meinung des Verfassers.

Merkmal	2008	2009	Abweichung in %
Förderstatistik KWF gesamt			
Förderprojekte gesamt	830	1126	+35,66
Förderbare Projektkosten gesamt	265,2 Mio	403,6 Mio	+52,19
Geplante, zusätzliche Arbeitsplätze gesamt	1297	1134	-12,57
Förderbarwert gesamt	33,8 Mio	49,5 Mio	+46,45
„Unternehmensgründung und Betriebsansiedlung“ (GFII)			
Förderprojekte in GF II	173	229	+32,37
Geplante, zusätzliche Arbeitsplätze in GF II	317	329	+3,79
Förderbarwert in GF II gesamt	3,2 Mio	6,0 Mio	+87,5

Tabelle 6: Statistische Kennzahlen zu den Förderjahren 2008 und 2009, eigene Darstellung⁷⁴

Interpretation des statistischen Materials

Der KWF nimmt keine eindeutige Abgrenzung zwischen „Unternehmensgründung“ und „Betriebsansiedlung“ vor. Für statistische Zwecke ist die Unterscheidung auch nicht zwingend erforderlich, da die höchstmöglichen Fördersätze bei beiden Varianten gleich sind. Es kann daher vorkommen, dass Förderprojekte als Unternehmensgründung eingereicht werden und tatsächlich Ansiedlungen darstellen.

Die Gesamtzahl der 2009 beim KWF zur Förderung beantragten Projekte ist mit 35,66 % gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen. Darin sind auch Investitionen bestehender Unternehmen enthalten. In Kärnten werden vor allem Kleinstunternehmen durch das gleichnamige Programm für niedrige Investitionssummen (EUR 5-25.000,00) gegenüber anderen Bundesländern bevorzugt. Entsprechend hoch ist mit 881 Stück (78,24 % aller Einreichungen) die Zahl der Förderfälle in dieser Betriebsgrößenklasse.

⁷⁴ Zusammenstellung des Zahlenmaterials aus den KWF-Jahresberichten 2008/2009

Das ausgelöste bzw. zur Förderung beantragte Investitionsvolumen hat sich noch deutlicher nach oben entwickelt, um 62,41 % auf EUR 403,6 Mio. Dies ist nach Meinung des Verfassers hauptsächlich auf den Konjunkturbonus zurück zu führen und dies aus zwei Gründen:

- Der Konjunkturbonus war von Beginn an gestaffelt und mit 8 % im ersten Halbjahr 2009 am höchsten. Hatten also Unternehmen vor, in den der Einreichung folgenden 18 Monaten (maximaler Durchführungszeitraum) eine Investition zu tätigen, wurde ein Antrag sicherheitshalber eingebracht, um sich den Bonus zu sichern.
- Wenn noch nicht genau bekannt ist, wie hoch die Investition ausfallen soll, wird ein höherer Betrag von den Unternehmen angesetzt. Fällt die Investition tatsächlich geringer aus als beantragt, werden die zugesagten Fördermittel gekürzt, während eine Erhöhung der Projektkosten nach Bewilligung von den Förderstellen im Regelfall nicht mehr berücksichtigt werden kann. Eine Ausnahme wäre nur im Fall der grundlegenden Änderung des Förderprojektes möglich.

Der Förderbarwert hat sich entsprechend den förderbaren Projektkosten nach oben entwickelt.

Im KWF-Geschäftsfeld „Unternehmensgründung und Betriebsansiedlung“ (GF II) kann ein ebenso deutlicher Anstieg festgestellt werden. Die Zahl jener Förderprojekte stieg gegenüber 2008 um 56 Stück oder 32,37 %. Im Vergleich dazu fiel die Zahl der Unternehmensgründungen in Kärnten im Jahr 2009 um 4,8 % auf 1.687.

Nahezu verdoppelt hat sich in diesem Geschäftsfeld der Förderbarwert. Er stieg von EUR 3,2 auf EUR 6 Mio, oder um 87,5 %! Im Jahresbericht 2009 weist der KWF fünf als „Betriebsansiedlung“ eingestufte Projekte aus. Diesen fünf Ansiedlungsprojekten wurde ein Förderbarwert von rund EUR 4,3 Millionen bewilligt. Leider fehlen Vergleichsdaten für das Jahr 2008 und wurde eine Erhebung vom KWF mit dem Hinweis „nicht möglich“ abgelehnt. Trotzdem ist erkennbar, dass Betriebsansiedlungen aus Fördersicht einen hohen finanziellen Aufwand bedeuten.

Bei einem ausdrücklichen Ziel von Fördermaßnahmen, nämlich der Schaffung von Beschäftigung, setzt sich die ansonsten eindeutig erkennbare Steigerung in den anderen Bereichen nicht fort. Trotz der gestiegenen Zahl der Förderprojekte und förderbaren Kosten ging die Zahl der geplanten Arbeitsplätze um 12,57 % zurück. 2008

wurden im Durchschnitt 1,56 Mitarbeiter pro Förderansuchen neu eingestellt, 2009 waren es nur 1,01 Mitarbeiter. Daraus könnte man ableiten, dass die Investitionen entweder hauptsächlich zu erhöhter Automatisierung führen sollen oder zu gering sind, um Wachstum und Neubeschäftigung für das Unternehmen zu generieren.

Auch im GF II fällt die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze trotz des starken Anstiegs bei der Projektanzahl mit 3,79 % bescheiden aus.

Bei der Förderung nach Sektoren gab es gegenüber 2008 auch merkbliche Verschiebungen. Der Anteil der Förderungen an Industriebetriebe ist gegenüber 2008 von 18,9 % auf 26,2 %, jener an Gewerbebetriebe von 21,1 % auf 24,5 % angestiegen. Die Förderungen an Tourismusbetriebe sind als Folge der Konjunkturmaßnahme „Qualitätsoffensive Tourismus“ von 31 % auf 35 % angestiegen.

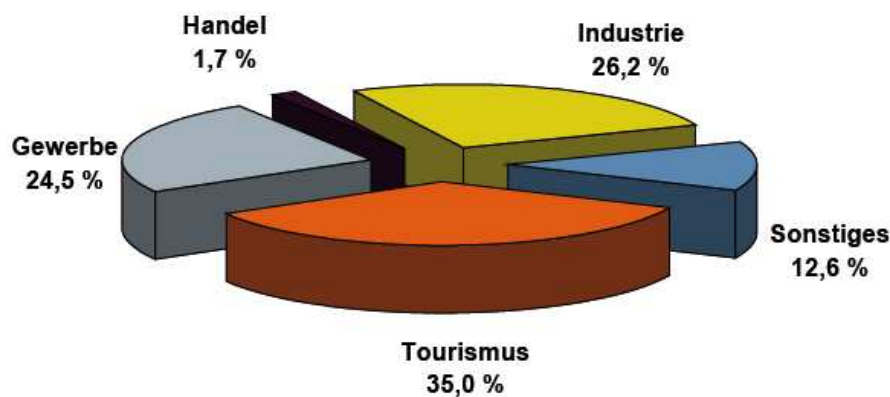


Abbildung 8: Verteilung der Förderbarwerte 2009 nach Sektoren⁷⁵

Betrachtet man die absoluten Zahlen, wird die Veränderung noch deutlicher. Im Sektor Industrie hat sich der Förderbarwert auf knapp EUR 13 Millionen mehr als verdoppelt, im Sektor Gewerbe ist er vom EUR 7,1 auf 12,1 Millionen ebenfalls deutlich angestiegen.

Vergleichsquelle:

Die Entwicklungsagentur Kärnten GmbH, deren Aufgabe unter anderem die professionelle Begleitung und Unterstützung von Betriebsansiedlungen sowie die langfristige Entwicklung ganzer Regionen darstellt, legt folgende Daten vor:⁷⁶

⁷⁵ KWF-Jahresbericht 2009, S. 62

⁷⁶ Für den Verfasser zusammengestellter Bericht der Entwicklungsagentur Kärnten GmbH, 25.01.2010, S. 2 ff.

- 2009 – 32 Projekte mit insgesamt 426 neu geplanten Arbeitsplätzen (innerhalb der nächsten zwei Jahre).
- 2008 – 25 Projekte mit insgesamt 748 neu geplanten Arbeitsplätzen (innerhalb der nächsten zwei Jahre).

Dies entspricht einem Anstieg von 28 % bei der Anzahl von Ansiedlungen. Bei der Beschäftigungsentwicklung kann wahrscheinlich auch von einer Steigerung ausgegangen werden. Im Jahr 2008 war eine überdurchschnittlich hohe Neubeschäftigung im Bereich „Automotive“ festzustellen (425 Arbeitsplätze), die das Bild etwas verfälscht.

Die Länderherkunft der realisierten Projekte blieb in etwa gleich, rund ein Drittel stammt aus dem Nachbarland Italien. Ein näherer Einblick in die Investitionskosten ist unter Bezugnahme auf den Datenschutz nicht möglich.

Aus dem dargelegten Zahlenmaterial lässt sich neben den Schlüssen, die bereits im Rahmen der Interpretation vom Verfasser gezogen wurden, noch folgendes ergänzend feststellen:

Trotz vermutlich unterschiedlicher Ansätze, was die gelieferten Daten betrifft, belegen beide statistischen Quellen, dass die Zahl der Förderprojekte im Bereich „Unternehmensgründung/Betriebsansiedlung“ deutlich angestiegen ist. Dieser deutliche Anstieg hat jedoch nicht zu einer merklich positiven Veränderung bei der Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze geführt. Wie sich die geschaffenen Arbeitsplätze auf die Förderprojekte verteilen, kann allerdings nicht festgestellt werden. So könnte zum Beispiel im Jahr 2009 durch einige wenige größere Betriebsansiedlungen, die durch die Konjunkturmaßnahmen erfolgten, die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze geschaffen worden sein bzw. geschaffen werden.

Gleiches trifft auch auf die Investitionen von bestehenden Betrieben zu. Ein deutlicher Anstieg bei den eingereichten Projekten und Projektkosten führt nicht zum gewünschten Effekt auf die Beschäftigung. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass viele Investitionen vorgezogen wurden und in den Jahren 2010 und 2011 deutlich weniger passieren wird. Dies hat sich bereits in den Jahren 2006 und 2007 bestätigt, als die vorangegangene Förderperiode der EU Ende 2006 auslief.

5. Schluss

Diese Abschlussarbeit im Rahmen des Bachelor-Studiums beschäftigt sich mit dem Thema Betriebsansiedlung unter besonderer Berücksichtigung von (monetären) Förderungen. Kann die Förderquote für ein Betriebsansiedlungsvorhaben, die nicht in jedem österreichischen Bundesland oder gar EU-Mitgliedstaat gleich hoch ausfällt, die Wahl des Standortes beeinflussen?

Um ein Gesamtverständnis für die Thematik zu erreichen, war es zunächst erforderlich darzustellen, welchen Kriterien – auch als Standortfaktoren bezeichnet – eine Standortentscheidung unterliegen kann. In der Fachliteratur gibt es eine Vielzahl von Einteilungsmöglichkeiten für Standortfaktoren. Diese hohe Anzahl resultiert aus den unterschiedlichen Blickwinkeln der jeweiligen Verfasser mit ihren ebenso unterschiedlichen Berührungspunkten zu gewissen Branchen. Es wird schnell klar, dass es nicht *den* ausschlaggebenden Standortfaktor gibt, der für Unternehmen aller Branchen gleichermaßen gilt. Im ersten Teil dieser Arbeit wurde daher auf jene Einteilung näher eingegangen, die für die Themenstellung am sinnvollsten erschien: harte und weiche, oder anders ausgedrückt quantitativ messbare und nicht quantitativ messbare Standortfaktoren. Bei der Standortentscheidung können sich demzufolge zwei sehr gegensätzliche Aspekte gegenüberstehen. Nüchternes Zahlenwerk wie die Kosten für eine Betriebserrichtung oder eben Rückflüsse aus einer Investition in Form von öffentlichen Fördermitteln, und gänzlich subjektive Wahrnehmungen wie der „Wohlfühlfaktor“ einer Stadt oder Region in den Augen des Entscheidungsträgers oder qualifizierten Mitarbeiters im Unternehmen. Eine eindeutige Antwort, welche dieser Standortfaktoren tatsächlich den Ausschlag für die Wahl des Standortes gibt, kann nicht gegeben werden. Zu viele unterschiedliche Aspekte sind bei jeder Standortwahl zu berücksichtigen. Studien belegen allerdings, dass die weichen Faktoren einen größeren Einfluss haben, als noch vor einigen Jahren angenommen wurde.

Ziel des zweiten Teils war es, ein Verständnis über die vielen Möglichkeiten und gesetzlichen Vorgaben des Beihilfenrechts zu erzeugen. Würde man die unzähligen Fördertöpfe samt Erläuterung der gesetzlichen Basis ohne Eingrenzung darstellen wollen, würde dies mehrere Bachelor-Arbeiten benötigen, daher war die Einschränkung auf die Förderaspekte bei Betriebsansiedlungen absolut notwendig. Die um-

fangreiche Gesetzgebung der EU und die ausführenden Förderinstitutionen haben gemeinsam, die Entwicklung von Unternehmen und ganzen Regionen langfristig positiv beeinflussen zu wollen. Unternehmen sollen in ihrer Innovationskraft gestärkt und unterstützt werden. Damit sichern sie nicht nur den Fortbestand des Unternehmens selbst, sondern sorgen letztlich für die Absicherung von Arbeitsplätzen oder schaffen im günstigsten Fall sogar neue. Durch die Bevorzugung der Regionalfördergebiete mittels höherer Fördersätze sollen ganze Regionen eine langfristige Stärkung erfahren. Die hier angedeuteten Zielsetzungen der Förderpolitik verdeutlichen, dass es dafür der Betrachtung eines langfristigen Zeithorizonts bedarf, weshalb auch wesentliche Rahmenbedingungen der EU für den Zeitraum 2007-2013 fixiert wurden und am Ende dieser Periode einer Evaluierung unterzogen werden.

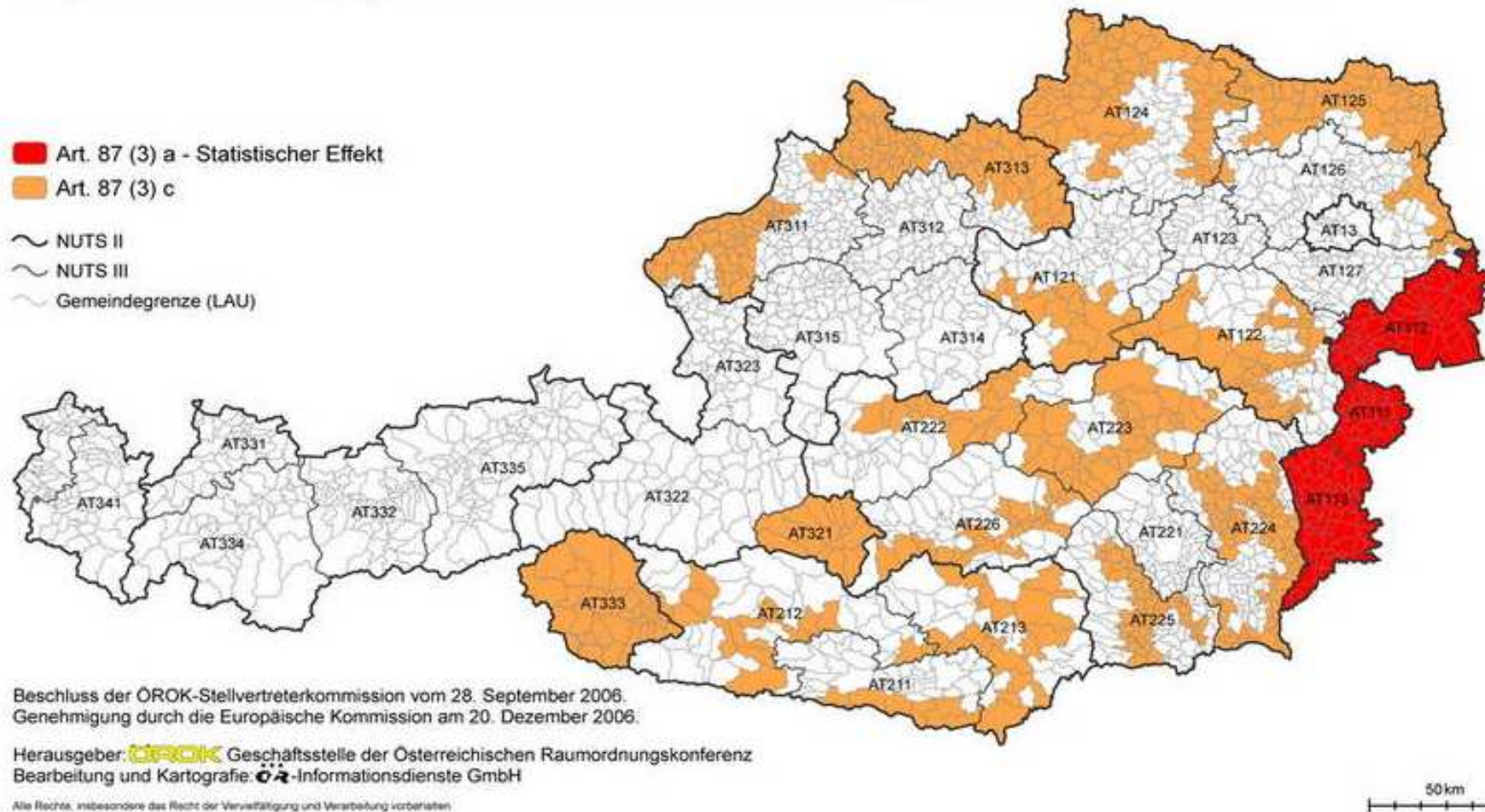
Letztlich wurde auf reale Wirtschafts- und Förderdaten der Jahre 2008 und 2009 eingegangen, um festzustellen, ob Auswirkungen einer veränderten Förderlandschaft tatsächlich messbar sind. Zwei Aspekte schränken die Aussagekraft der vorgenommenen Vergleiche ein. Zum einen ist es das wirtschaftliche Umfeld der vergangenen Jahre, das lange Zeit zu Zurückhaltung vor allem im Bezug auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen bzw. potenziellen Gründungen/Betriebsansiedlungen geführt hat. Die beruflichen Erfahrungen des Verfassers als Förderberater führen zu dem Schluss, dass nur wenige den Mut hatten, antizyklisch zu investieren, um ihr Unternehmen auf das Ende der Rezession vorzubereiten und zu stärken. Teilweise fehl(t)en natürlich auch die finanziellen Möglichkeiten. Zum anderen beziehen sich die vorgenommenen Vergleiche auf kurzfristig quantifizierbare bzw. stichtagsbezogene Informationen. Ob ein Bundesland wie Kärnten durch einige wenige Betriebsansiedlungen, die sich aber im Laufe der Jahre möglicherweise zu bedeutenden Unternehmen entwickeln, langfristig gestärkt werden kann, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilen. Nachdem die zeitliche Begrenzung der angeführten Konjunkturmaßnahmen von Beginn an bekannt war, ist davon auszugehen, dass die gestiegene Zahl der Förderprojekte einen Vorzieheffekt darstellt. Im Antragsjahr ließ sich kein merklicher Einfluss auf die Beschäftigung erkennen. Eine genaue Beurteilung wäre aber wohl nur durch Betrachtung der jeweiligen Förderprojekte in einigen Jahren möglich.

Anhang

	Ausnützungs-zeit		Tilgungsfreie Zeit		Tilgungszeit			Barwert
	Jahre	Fix-zins	Jahre	Fix-zins	Jahre	Fix-zins	Sprung-fix	
Industrie- und Gewerbe-Förderungen								
Technologie-Förderung	0,5	0,5 %	3	0,5 %	3	1,5 %		5,6 %
Technologie Zukunftsbranchen	0,5	0,5 %	3 bis 5	0,5 %	3 bis 7	175 %		bis 9,0 %
KMU-Förderung	0,5	0,5 %	2	0,5 %	4	1,5 %		4,4 %
mit langer Laufzeit	0,5	0,5 %	2	0,5 %	8	1,75 %		4,4 %
Regional-Förderung	0,5	0,5 %	2	0,5 %	4	1,5 %		4,4 %
Regional-Technologie	0,5	0,5 %	3	0,5 %	3	1,5 %		5,6 %
mit langer Laufzeit	0,5	0,5 %	2	0,5 %	8	1,75 %		4,4 %
Internationalisierung	0,5	0,5 %	2	0,5 %	4	1,5 %		4,4 %
Infrastruktur	0,5	0,5 %	5	0,5 %	5 bis 10		1,75 %	bis 8,7 %
ERP-Kleinkredit	0,5	0,5 %	1	0,5 %	5	1,5 %		3,3 %
Landwirtschaftsförderung								
Verarbeitung + Vermarktung	0,5	0,5 %	2	0,5 %	4	1,5 %		4,4 %
mit langer Laufzeit	0,5	0,5 %	2	0,5 %	8	1,75 %		4,4 %
Forstwirtschafts-Förderung								
Aufforstung	0,5 bis 5	0,5 %	bis 5	0,5 %	bis 12		1,00 %	bis 12,2 %
Waldaufschließung	0,5	0,5 %	bis 2	0,5 %	bis 10		1,75 %	bis 4,6 %
Holzbringung und –ernte	0,5	0,5 %	bis 2	0,5 %	bis 5		1,75 %	bis 4,1 %
Verkehrswirtschafts-Förderung	0,5	0,5 %	bis 2	0,5 %	4	1,5 %		4,4 %
Tourismus-Förderung	1	0,5 %	1 bis 2	0,5 %	5 bis 15		1,75 %	6,1 %

Anhangstabelle: Übersicht der ERP-Kredite und -konditionen per 01. Jänner 2010

Regionalförderungsgebiete Österreichs 2007-2013 gemäß EU-Beihilfenrecht



Literaturverzeichnis

Die Zugriffsdaten auf die Websites sind den jeweiligen Fußnoten zu entnehmen.

Autschbach, Jörg: Internationale Standortwahl – Direktinvestitionen der deutschen Automobilindustrie in Osteuropa, Wiesbaden 1997, Gabler Verlag

Austria Wirtschaftsservice GmbH – www.awsg.at

- Bundesgesetzblatt – Austria Wirtschaftsservice-Errichtungsgesetz:
<http://www.awsg.at/portal/media/1058.pdf>
- Programmdokument KMU-Haftungen:
<http://www.awsg.at/portal/media/3893.pdf?PHPSESSID=a7cf3702d2fbd404c285d8b1ed031563>
- Richtlinie für Garantieübernahmen: <http://www.awsg.at/portal/media/3753.pdf>
- Programmdokument „Unternehmensdynamik“:
<http://www.awsg.at/portal/media/3894.pdf>
- Programmdokument „Jungunternehmerförderung“:
<http://www.awsg.at/portal/media/3890.pdf>
- Konditionen für ERP-Kredite:
<http://www.awsg.at/portal/index.php?x=341&n=345>
- Bruttosubventionsäquivalent:
<http://www.awsg.at/portal/cCardDatabase.php?dgn=29&dse=28&dsi=791>

Balderjahn, Ingo : Die verschiedenen Betrachtungsweisen der Standortfaktoren, 1. Teil, Vortrag Zürich 2006

Behrens, Karl Christian : Allgemeine Standortbestimmungslehre, Köln und Opladen 1961, Westdeutscher Verlag

Bienert, Michael Leonhard : Standortmanagement – Methoden und Konzepte für Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Wiesbaden 1996, Gabler Verlag

Bundeskanzleramt, Rechtsinformationssystem

- ERP-Fonds-Gesetz:
<http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR12068902&ResultFunctionToken=1b24a275-b22c-4fcc-87bf-219c67fcbe89&Kundmachungsorgan=&Index=&Titel=&Gesetzesnummer=10006258&VonArtikel=&BisArtikel=&VonParagraf=&BisParagraf=&VonAnlage=&BisAnlage=&Typ=&Kundmachungsnummer=&Unterzeichnungsdatum=&FassungVom=01.09.2009&ImRisSeit=Undefined&ResultPageSize=100&Suchworte>

EUR-Lex, Rechtsvorschriften der Europäischen Union – www.eur-lex.europa.eu

- Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (Amtsblatt C 244/2 vom 01. Oktober 2004):
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2004:244:0002:0017:DE:PDF>
- Verordnung der Europäische Kommission zu „De-minimis“-Beihilfen:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:379:0005:0010:DE:PDF>

Cortrie, Sabrina: Weiche Standortfaktoren als Angelegenheit der kommunalen Wirtschaftsförderung, 1. Auflage, 2009, Igel Verlag GmbH

Domschke Wolfgang, Drexl Andreas: Logistik, München 1996, Verlag Oldenbourg

Europäische Kommission – www.ec.europa.eu

- Mitteilung der Kommission zum „Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen“:
http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/atf_de.pdf
- A.Bestimmungen der Verträge über staatliche Beihilfen
http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/compilation/a_01_12_09_de.pdf

Grabow, Busso/Henckel, Dietrich/Hollbach-Grömig: Weiche Standortfaktoren, Stuttgart 1995, Verlag W. Kohlhammer

Gruber, Angelika: Mandantenseminar Beihilfenrecht (22. April 2009), http://www.bpv-huegel.com/files/seminar_beihilfenrecht_.pdf

Heinen, Edmund: Industriebetriebsbetriebslehre – Entscheidungen im Industriebetrieb, Wiesbaden 1991, Gabler Verlag

Höweling, Edmund: Die betriebliche Standortverlagerung - Struktur und Prozess, Zürich, 1976

Huber, Joseph: Regionalentwicklung in der Kommunikationsgesellschaft - Langfristige Entwicklungstrends für Schleswig-Holstein, Opladen 1993, Westdeutscher Verlag

Jacob, Herbert: Zur Standortwahl von Unternehmungen, 3. Auflage, Wiesbaden 1976, Gabler Verlag

Juristischer Informationsdienst – www.dejure.org

- EG-Vertrag, Kapitel 1, Abschnitt 2 – Staatliche Beihilfen:
<http://dejure.org/gesetze/EG/87.html>

Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds – www.kwf.at

- Richtlinie „Kleinstunternehmen“:
http://www.kwf.at/de/fpg/P_Kleinstunternehmen.pdf
- Richtlinie „Investitionen von Dynamischen Unternehmen in Gewerbe und Industrie“:
http://www.kwf.at/de/fpg/P_Investitionen_von_Dynamischen_Unternehmen_in_Gewerbe_und_Industrie.pdf
- Richtlinie „Investitionen in Leitprojekte in Gewerbe und Industrie“:
http://www.kwf.at/de/fpg/P_Investitionen_in_Leitprojekte_in_Gewerbe_und_Industrie.pdf
- Richtlinie „Strategische Projektentwicklung (Finanzierung)“:
[http://www.kwf.at/de/fpg/P_Strategische_Projektentwicklung_\(Finanzierung\).pdf](http://www.kwf.at/de/fpg/P_Strategische_Projektentwicklung_(Finanzierung).pdf)
- Richtlinie „Impulsprojekte“:
http://www.kwf.at/de/fpg/P_Impulsprojekte.pdf
- Unternehmensverflechtungen:
<http://www.kwf.at/de/help/kmu0.html>
- Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz:
http://www.kwf.at/de/service/KWFG_59-2006.pdf

- Jahresbericht 2008:
http://www.kwf.at/wibis-k/downloads/KWF-Bericht_2008.pdf
- Jahresbericht 2009
http://www.kwf.at/downloads/deutsch/Jahresberichte/KWF_Das_Jahr_2009_lang.pdf

Kramar, Hans: Wettbewerbsfähig durch Innovation? Wien 2006
http://publik.tuwien.ac.at/files/pub-ar_7645.pdf, Zugriff 10.01.2010

Logar, Wolfgang: Standortqualität für Unternehmensgründungen, Klagenfurt 2003

Merten, Hans-Lothar: Standortverlagerung – Durch Brückenschlag ins Ausland Steuern und Kosten sparen, 1. Auflage, Wiesbaden 2004, Gabler Verlag

Ockenfels, Hans Dieter: Regionalplanung und Wirtschaftswachstum, Köln 1969, Westdeutscher Verlag

Rieger, Hannah/Platzer, Angela: Handbuch EU-konformer Förderungen – Antworten auf Förderfragen aus der Unternehmenspraxis mit Fallbeispielen, 7. Auflage, München 2009, FinanzBuch Verlag GmbH

Santner, Sonja: Entscheidungsrelevante Einflussfaktoren der Standortwahl bei der Globalisierung von Produktionsstandorten, Pöls 2007

Spehl, Harald: Wirkungen von Industrieansiedlungen, Trier 1976, Institut für Städtebau Berlin

Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH – www.sfg.at

- Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung:
http://www.sfg.at/downloads/docs/4260_12_AGVO.pdf
- Österreichregelung Kleinbeihilfen:
http://www.sfg.at/downloads/docs/4737_oesterreichregelung_kleinbeihilfen.pdf

Weber, Joachim: Kommunale Wirtschaftsförderung in Brandenburg – Regionale Handlungsfähigkeit durch kooperativen Staat, Potsdam 2000, Verlag Peter Lang
Wotzka, Paul: Standortwahl im Einzelhandel, Verlag Weltarchiv, Hamburg 1970

Eidesstattliche Erklärung:

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit von mir selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt worden ist, insbesondere dass ich alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, durch Zitate als solche gekennzeichnet habe. Weiterhin erkläre ich, dass die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen hat.

Ich versichere, dass die von mir eingereichte schriftliche Version mit der digitalen Version der Arbeit übereinstimmt.

Klagenfurt, 29.04.2010

Harald Baier

